

28. September
6 / 2017
www.landtag-mv.de



+++ Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig +++ Das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer +++ Ausschreitungen beim G20-Gipfel in Hamburg +++ Erzieherausbildung +++ Gesichtsverschleierung verbieten? +++ Kinderarmut in Mecklenburg-Vorpommern +++ Baugeschehen am Schloss +++



Titelfoto (Uwe Sinnecker): : Das Schweriner Schloss mit der Orangerie

3	Gastkolumne	Joachim Böskens, NDR, kommentiert den Wechsel an der Spitze der Landesregierung
4–23	AUS DEM PLENUM	
4–5	Aktuelle Stunde	„Grenzen schützen – Solidarität mit Italien“ – Debatte über das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer
6–17	Berichte	Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig Debatte zu den Ausschreitungen beim G20-Gipfel in Hamburg Zweite Lesung Kita-Gesetz (Erzieherausbildung) Aktionsplan gegen Kinderarmut Debatte zum Thema Gesichtverschleierung Stasi-Überprüfungskommission konstituiert Mandatsveränderung
18	Weitere Beschlüsse	Zweite Lesung Rundfunkänderungsstaatsvertrag Zweite Lesung Kommunalabgabengesetz Zweite Lesung Gesetz zur Änderung der Verfassung und Volksabstimmungsgesetz Umsetzung der Beschlüsse des Parlamentsforums Südliche Ostsee
19–24	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Wirtschaftsausschuss:</i> Expertengespräch zur Situation des Handwerks Expertengespräch mit Kassenvertretern zur Ärzteversorgung <i>Energieausschuss:</i> Expertengespräch zum Radverkehr Informationsfahrt nach Brüssel <i>Agrarausschuss:</i> Informationsfahrt in das Biosphärenreservat Südostrügen <i>Sozialausschuss:</i> Anhörungen zum Thema „Jung sein in M-V“ geplant <i>Internationales:</i> Ostseeparlamentarierkonferenz in Hamburg
25–27	PANORAMA	Zum aktuellen Baugeschehen am Schloss
28	CHRONIK	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 8. Mai 2017

Frischer Wind in der Staatskanzlei



Joachim Böskens ist trimedialer Chefredakteur im NDR Landesfunkhaus M-V und leitet somit die Hörfunk-, Fernsehen- und Onlineredaktionen. Zuvor war er in mehreren Führungspositionen sowohl beim Privatrado als auch im NDR tätig.

■ Der Generationswechsel ist vollzogen – schneller als erwartet. Nach dem überraschenden Amtsverzicht von Erwin Sellering weht nun mit Manuela Schwesig ein neuer Wind in der Staatskanzlei. Jung, erfolgreich, zielstrebig, ehrgeizig, mediengewandt – Eigenschaften, die auf die neue Regierungschefin zutreffen.

Wenn ein Mann führt, ist er tough. Wenn eine Frau dies tut, ist sie brutal und berechnend.

Nun regiert Manuela Schwesig nicht alleine dieses Land. Zum einen hat sie Ministerinnen und Minister ihrer eigenen Partei am Tisch, die von ihrem Wohlgefallen abhängig sind; zum anderen

terne Mitarbeiter – für sie zum Teil leidvoll – zur Kenntnis nehmen, aber auch Minister. Nepotismus und alte Seilschaften sind passé – eine große Chance für eine konstruktive, produktive Regierungszeit.

Es wird also interessant, welche Projekte und Entscheidungen Manuela Schwesig nach dem Bundestagswahlkampf und der Bundestagswahl angeht. Dass die Ministerpräsidentin durchsetzungsfähig ist, hat sie ja bereits eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

„ Inhaltlich deutet vieles auf ein „Weiter so“ hin. „

„

Joachim Böskens

Inhaltlich deutet vieles auf ein „Weiter so“ hin. Ob bei den Themen Kita, Innere Sicherheit, Löhne und Tarife, Wirtschaft, Umweltschutz: Neue Akzente sind in diesen Punkten kaum zu erkennen. Hier ein bisschen mehr Geld, da eine wohlformulierte Absichtserklärung. Kontinuität und Solidität. Warum sollte auch der erfolgreiche Kurs der Landesregierung geändert werden?

Die Umfragen geben Manuela Schwesig recht. Spannend ist, was im Hintergrund und vor allem was nach der Bundestagswahl passieren wird. Die neue Ministerpräsidentin hat – so hört man – einen völlig anderen Führungsstil als ihr Mentor Erwin Sellering. Sie ist deutlich impulsiver, hat eine sehr direkte Art der Kommunikation. Dies trifft natürlich nicht bei allen am Kabinetttisch auf Gegenliebe. Es gilt die alte Weisheit:

einen Partner an ihrer Seite, der sich von der Landtagswahlschlappe erst mühsam erholt und sich ohnehin als Verlierer der Koalitionsverhandlungen vor einem Jahr sieht. Die wunde Seele der CDU noch weiter zu schinden, ist sicher kein guter Rat. Zumal die Union mit Vincent Kokert ebenfalls den Generationswechsel vollzogen hat.

Wenn zwei junge, dynamische Politiker, denen man durchaus Ambitionen zu (noch) Höherem nachsagt, in Streit geraten, passt das – zugegeben stark strapazierte – Bild der Lokomotiven, die aufeinander zurasen. So etwas geht selten gut.

Die neue Ministerpräsidentin zeigt jedenfalls den Ehrgeiz, Strukturen und Abläufe ihres Regierungs- und Verwaltungsapparats auf den Prüfstand zu stellen. Dies mussten schon jetzt subal-

Das Dilemma im Mittelmeer

Aktuelle Stunde zeigt, wie vielschichtig das Problem ist



Enrico Komning (AfD)



Innenminister Lorenz Caffier



Dirk Friedriszik (SPD)

■ **Das Mittelmeer:** Für tausende Flüchtlinge ist es der Weg nach Europa. Für Italien ein zunehmendes Problem. Täglich machen sich von Libyen aus unzählige Schlepperboote auf eine illegale und gefährliche Reise. Bis Jahresmitte kamen mehr als 85.000 Flüchtlinge in Italien an. Das Land sieht sich am Rande seiner Kapazitäten und wirft nichtstaatlichen Hilfsorganisationen (NGOs) im Mittelmeer vor, Flüchtlinge immer dichter an der libyschen Grenze aus Seenot zu retten und damit den Schleppern in die Hände zu spielen. Darüber müsse im Hinblick auf mögliche Folgen für Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern auch im Landtag geredet werden, befand die AfD-Fraktion und setzte für die letzte Aktuelle Stunde vor der Sommerpause das Thema „Grenzen schützen – Solidarität mit Italien“ auf die Tagesordnung.

Wer Menschen vor der libyschen Küste rette und dann nach Europa bringe, mache sich nicht nur strafbar. Er kurbele auch das Geschäft der Schlepper an und sei mitverantwortlich für den Tod vieler Menschen, argumentierte **Enrico Komning** (AfD). „So lange die Menschen eine reale Hoffnung haben, durch diese gefährliche Überfahrt nach Europa zu kommen, so lange werden auch viele Unschuldige im Mittelmeer ertrinken.“ Er warf den NGO-Schiffen vor, sich regelrechte Wettrennen mit der libyschen Küstenwache zu liefern, um

ein Schlepperboot zu erreichen. „Das ist keine Rettungsmission, das ist pseudo-humanitärer Menschenhandel.“ Für ihn sei es „unerträglich“, wie „einfallslos“ die Bundesregierung reagiere. Italien einen Teil der Flüchtlinge abzunehmen, steuere auf die nächste Asylkrise zu. Nun sei Sizilien zwar nicht Rügen. „Aber wir alle sind Europa. Wir müssen uns deshalb auch in Mecklenburg-Vorpommern fragen, was diese Tragödie beenden kann.“ Komning appellierte an die Landesregierung, „die Taxifunktion“ der Rettungsschiffe zu unterbinden und Helfer, die Ertrinkende nach ihrer Rettung nicht an die libysche Küstenwache übergeben, strafrechtlich zu verfolgen.

Das Handeln der privaten Hilfsorganisationen bringe ihn in einen „moralischen Konflikt“, sagte Innenminister **Lorenz Caffier**. „Wenn man das Gefühl bekommt, dass Schleuser ihre Boote mehr oder weniger an die privaten Hilfsorganisationen übergeben, damit diese die Flüchtlinge direkt nach Italien bringen, dann hat das einen bitteren Beigeschmack.“ Gleichwohl könne man die Flüchtlinge im Mittelmeer nicht ihrem Schicksal überlassen. In Anbetracht der Flüchtlingszahlen sei es selbstverständlich, dass Italien um Hilfe rufe. Bedauerlicherweise falle die Reaktion sehr unterschiedlich aus. „Während Deutschland zusicherte, Italien monatlich mehr Flüchtlinge abzunehmen, fährt Österreich am Brenner die Radpanzer auf.“ Für ihn stehe außer Zweifel, dass die EU-Außengrenzen besser geschützt

und noch mehr „Mittel und Materialien“ gegen Schleuser eingesetzt werden müssen. Mehr Schiffe ins Mittelmeer zu schicken, werde dabei nicht reichen. Caffier plädierte für eine Vereinbarung analog zum Türkei-Abkommen. „Damit würde den Schleusern die Geschäftsgrundlage entzogen.“ Das seien aber Entscheidungen, die nicht in M-V getroffen würden. „Deswegen tun wir gut daran, uns im Landtag mit der Versorgung und Integration der Menschen, die nach Mecklenburg-Vorpommern kommen, zu befassen“ statt „Stimmung zu erzeugen“.

„Wer illegale Einwanderung eindämmen will, muss legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen“, sagte **Dirk Friedriszik** (SPD). Dafür brauche es feste Kontingente, über die Schutzbedürftige kontrolliert und nach einem festen Schlüssel auf alle EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden – „ohne kriminelle Schlepper und die Risiken lebensgefährlicher Fluchtrouten“. Das helfe, die Integration besser vorzubereiten und die Kontrolle über die Einwanderung nach Deutschland zu behalten. Dass sich einzelne Mitgliedsstaaten dem gemeinsam beschlossenen europäischen Asylsystem nach wir vor verweigern, sei für ihn nicht hinnehmbar. Wenn die AfD mehr Solidarität mit Italien erwarte, lege das für ihn den Schluss nahe, dass sie im Umkehrschluss eine EU-weite Verteilung von Flüchtlingen befürworte und zugunsten sicherer EU-Außengrenzen von ihrer Forderung nach nationalem



Karsten Kolbe (DIE LINKE)



Marc Reinhardt (CDU)



Nikolaus Kramer (AfD)

Grenzschutz abrücke. „Die deutschen Grenzen zu sichern, wäre ja auch kein Beitrag zur Solidarität mit Italien.“ Wichtige Voraussetzungen für sichere Außengrenzen seien eine gemeinsame europäische Grenzschutzpolizei und eine gemeinsames Grenzschutzkonzept. Ein erster Schritt sei mit der jüngst eingerichteten Grenz- und Küstenschutzagentur getan.

Über das Solidaritätsverständnis der AfD könne er nur staunen, sagte **Karsten Kolbe** (DIE LINKE). „Wenn der Innenminister feststellt, dass Österreich Radpanzer an der Grenze aufstellt, und Ihre Fraktion laut applaudiert, ist das nicht Solidarität, sondern eine ganz große Portion Menschenverachtung.“ Allein in diesem Jahr seien schon mindestens 1.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken. „Dass das vor unserer Haustür passiert, ist eine Schande für Europa. Aber darüber verlieren Sie kein Wort. Stattdessen warnen Sie im besten NPD-Sprech vor einer erneuten ‚Flutung‘ Deutschlands mit fremden Menschen“. Rettungsschiffe zu beschlagnahmen, Schleuser militärisch zu bekämpfen oder sich abzuschotten, löse die Probleme nicht. Gefragt sei eine Politik, die die Lasten auf alle Schultern verteilt, Fluchtursachen bekämpft und legale Fluchtrouten schafft. „Wenn Sie also wirklich solidarisch mit Italien sein wollen, dann bringen Sie sich aktiv ein, wie das europäische Asylsystem vernünftig reformiert werden kann. Vielleicht gelingt es

Ihnen sogar, Ihre Parteifreunde von der PiS-Party in Polen oder andere davon zu überzeugen, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Gäbe es hier mehr wirklich gelebte Solidarität zwischen den EU-Mitgliedsstaaten, wäre Italien tatsächlich ungemein geholfen.“

Für **Marc Reinhardt** (CDU) stellte sich die Frage, was die AfD unter „Solidarität mit Italien“ verstehe: Dass Deutschland mehr Flüchtlinge aufnehmen soll? Italien mehr Geld zur Verfügung stellt? Oder die europäischen Grenzen stärker geschützt werden? Enrico Komnings Rede habe gezeigt: Nichts von all dem. „Am Ende geht es lediglich darum, die Flüchtlinge möglichst fernzuhalten.“ Er unterstrich, dass die EU-Innenminister inzwischen einen Verhaltenskodex vereinbart haben, der intensivere Kontrollen der NGOs und eine Stärkung der libyschen Küstenwache beinhaltet. Hinzu komme: Wenn die libysche Küstenwache nicht willens sei, Flüchtlinge von NGO-Schiffen zu übernehmen, „können sie mit ihren Booten immer im Kreis fahren und werden nicht einen Flüchtling los“. Auch er würde ein nordafrikanisches Flüchtlingsabkommen begrüßen, so Reinhardt. „Sie müssen aber erst mal einen finden, der mit Ihnen ein Abkommen schließt und dann auch noch in der Lage ist, es umzusetzen.“ Sichere Zonen in Nordafrika zu schaffen, käme derzeit auch nicht in Frage. Wer solle die beschützen? Von Russland und Amerika sei in diesem Punkt nur wenig Unterstützung zu erwarten, und die

europäischen Armeen hätten dafür im Moment keine Kapazitäten.

Anstatt mit einem Spaten die Wurzel des Übels zu packen, habe die Debatte wie eine Heckenschere am Buchsbaum herumgeschnippelt, resümierte **Nikolaus Kramer** (AfD). Wer versäumt habe, einen gemeinsamen Grenzschutz und eine gemeinsame Asylverwaltung aufzubauen, dürfe sich über die Flüchtlingskrise nicht wundern. „Obwohl wir mit deren Folgen noch zu kämpfen haben, hat sich am Grundproblem nichts geändert.“ Ein Grund dafür sei „die falsch verstandene Solidarität“ linksalternativer Mitbewerber und der NGOs. „Eine weitere Migrationskrise wie vor zwei Jahren ist nicht verkraftbar.“

Fotos: Uwe Sinnecker

AfD-Fraktion gespalten

Am 25. September teilten die bisherigen Abgeordneten der AfD-Fraktion **Dr. Matthias Manthei, Ralf Borschke, Christel Weißig und Bernhard Wildt** mit, dass sie die AfD-Fraktion verlassen und sich zur Fraktion „Bürger für Mecklenburg-Vorpommern (BMV)“ zusammengeschlossen haben. Bei der Plenarberichterstattung in diesem Heft über die Juli-Sitzungen ist bei den genannten Abgeordneten die Fraktionsangabe AfD mit einem Sternchen versehen, das den Wechsel und die neue Fraktionszugehörigkeit kenntlich macht.

Die Redaktion

Der Koalitionsvertrag bleibt die Richtschnur

Wirtschaft, Familien, sozialer Zusammenhalt, Bürgerdialog:
Manuela Schwesig erklärt ihre Regierungsziele

Mittwoch, 12. Juli, 10 Uhr. Der Plenarsaal ist bis zur letzten Besucherreihe gefüllt. Es ist Sitzung eins nach Manuela Schwesigs Wahl zur Ministerpräsidentin vor acht Tagen. Ganz oben auf der Tagesordnung steht ihre Regierungserklärung. Es ist ihre erste große Rede im neuen Amt. Darin kündigt sie an, die inhaltlichen Schwerpunkte, die die große Koalition unter ihrem Vorgänger Erwin Sellering gesetzt habe, beizubehalten. Der vor wenigen Monaten zwischen SPD und CDU ausgehandelte Koalitionsvertrag bleibe „die Richtschnur für die Politik in dieser Legislatur“: Wirtschaft, Infrastruktur, Familien, Bildung, sozialer Zusammenhalt und solide Finanzen – all das werde auch unter ihrer Federführung ganz oben auf der Agenda stehen, so Schwesig. Die Redner der beiden Regierungsfractionen stärkten ihr dafür den Rücken. Die Opposition befürchtet viele leere Versprechen.



Foto: Cornelia Kertler

stehe, „auf Verlässlichkeit und Kontinuität“. Gute Arbeit und gute Löhne, familienfreundlichere Arbeitsbedingungen, Schuldenabbau, Fachkräftesicherung, innere Sicherheit, Extremismus, das Verhältnis zwischen Land und Kommunen – Schwesig riss in ihrer Rede zahlreiche Themenfelder an. Auf vier ging sie dabei ganz besonders ein.

Wirtschaftspolitik

„Unsere wichtigste Aufgabe besteht auch in Zukunft darin, Mecklenburg-Vorpommern wirtschaftlich voranzubringen.“ Dazu müsse sich das Land aber wirtschaftlich noch breiter aufstellen. Der Tourismus sei zweifelsfrei eine wichtige und erfolgreiche Branche. „Strandkorb allein reicht aber nicht.“ Sie setze auch auf Land- und Ernährungswirtschaft, erneuerbare Energien, Gesundheitswirtschaft, maritime Industrie, Handwerk und Zulieferer für die Automobil-, Luftfahrt- und Raumfahrtindustrie, so Schwesig. Ein entscheidender Punkt sei auch die Digitalisierung. Sie soll mit einem 10-Millionen-Programm des Landes weiter vorangebracht werden. Davon profitieren sollen insbesondere kleinere und mittlere Betriebe. Nach dem Vorbild von Technologie- und Gründerzentren sollen Zentren für digitale Start-ups entstehen. Langzeitarbeitslosen verspricht sie einen öffentlichen Beschäftigungssektor: In diesem Jahr sollen 200, im nächsten 500 Langzeitarbeitslose einen von Land und Bundesagentur für Arbeit geförderten Job in Kommunen, Vereinen und Unternehmen erhalten.

■ Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:

„Kontinuität und Verlässlichkeit“

Bevor Manuela Schwesig zur Tagesordnung übergeht und politisch wird, würdigt sie einmal mehr die Arbeit von Erwin Sellering, der aus gesundheitlichen Gründen als Ministerpräsident zurückgetreten war: „Er hat das Land souverän, verlässlich und erfolgreich regiert. Er war den Bürgern zugewandt, hat mit deutlichen Worten mehr Respekt für die ostdeutsche Lebensleistung eingefordert und für Augenhöhe in einem vereinten Deutschland gekämpft.“ Nicht viele Ministerpräsidenten in Deutschland könnten von sich behaupten, in ihrer Regierungszeit keine neuen Schul-

den gemacht zu haben. All das verdiene „großen Respekt und Dank“.

Der Wechsel an der Landesspitze finde zu einem ungewöhnlichen Zeitpunkt statt – gerade einmal zehn Monate nach der Landtagswahl. Die Ziele für diese Legislatur habe die Große Koalition gerade frisch gesteckt. „Ich war selbst an diesen Verhandlungen beteiligt und bin davon überzeugt, wir haben einen guten Vertrag ausgehandelt, der Richtschnur für die Politik in dieser Legislatur ist.“ Sie setze bei den Schwerpunkten ihrer Regierungsarbeit trotz des Generationswechsels, für den sie mit ihren 43 Jahren



Die Schülerinnen und Schüler aus Friedland haben Glück – sie können die Debatte zur Regierungserklärung auf der Gästetribüne live erleben. Foto: Uwe Sinnecker

Familien- und Bildungspolitik

Manuela Schwesig kündigt an, im kommenden Jahr einen Zeitplan zur Umsetzung der beitragsfreien Kita vorzulegen. Sie wisse, dass viele Eltern darauf warten. Zunächst müsse jedoch geschaut werden, wie sich nach der Bundestagswahl die angekündigten Steuerentlastungen auswirken.

Für den Bereich Schule umreißt sie drei Schwerpunkte: Inklusion umsetzen, mehr Ganztagschulen schaffen und den Lehrerberuf sichern. Sie begrüßt, dass sich der Bund künftig an der Sanierung von Schulen beteiligen könne. „Dieses Geld brauchen wir. Noch nicht jede Schule sieht so aus, wie wir es gerne hätten.“ Gute Familienpolitik bedeute außerdem, Kinderarmut weiter zu bekämpfen und pflegenden Angehörigen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

Sozialer Zusammenhalt

Beim Thema sozialer Zusammenhalt setzt Schwesig auch weiterhin auf das

breite ehrenamtliche Engagement im Land. „Mehr als 40 Prozent der Bürger engagieren sich für das Gemeinwesen.“ Das seien die Menschen, die das Land zusammenhalten. Die Ehrenamtsstiftung habe deshalb auch in Zukunft ihre volle Unterstützung. Sozialer Zusammenhalt spiegele sich für sie aber auch in den Renten wider. Ungeachtet der beschlossenen Rentenangleichung gebe es hier weiteren Verbesserungsbedarf. Sie kämpfe deshalb für eine Solidarrente und einen Gerechtigkeitsfonds, der die Probleme der Rentenüberleitung Ost löse.

Eine große Herausforderung bleibe auch der demografische Wandel. Hier wirbt sie vor allem für eine stärkere Verzahnung von stationären und ambulanten Angeboten im ländlichen Raum.

Nicht zuletzt schließe sozialer Zusammenhalt auch die Integration von Flüchtlingen ein, die in Deutschland bleiben dürfen. „Ich werde nicht zulassen, dass gegen die Menschen, die bei uns Schutz suchen, und gegen die, die ihnen helfen, gehetzt wird.“

Bürgerdialog

Die Ministerpräsidentin kündigt eine enge Kommunikation mit den Bürgern an. „Für mich ist es wichtig, aus erster Hand zu erfahren, was den Menschen unter den Nägeln brennt.“ Deshalb werde sie regelmäßig Bürgerdialoge anbieten, über soziale Medien in Dialog treten und an „Praxistagen“ einen Tag lang in Betrieben oder Einrichtungen mitarbeiten. „Ich lade deshalb alle Bürger ein: Sprechen Sie mich an, bringen Sie sich ein!“ Das gelte ausdrücklich auch für die Opposition im Landtag. „Es wird immer viele Fragen geben, in denen wir unterschiedlicher Auffassung sind. Aber ich würde mir wünschen, dass wir bei wichtigen Fragen, in denen es um die Zukunft unseres Landes geht, auch zu parteiübergreifenden Lösungen kommen.“

Manuela Schwesig spricht gut eine Stunde. Danach haben die Landtagsfraktionen Gelegenheit, darüber zu diskutieren. Alle vier Fraktionen schicken dazu jeweils ihre Vorsitzenden ans Rednerpult.



Leif-Erik Holm (AfD)



Thomas Krüger (SPD)

Die Debatte

■ Leif-Erik Holm (AfD):

„Enttäuschende Ausführungen“

„Früher war mehr Lametta“, fasst Leif-Erik Holm (AfD) seinen Eindruck zusammen. Seine Fraktion sei sehr gespannt gewesen, ob Schwesig den ein oder anderen neuen Ton anschlage – und enttäuscht worden. „Es bleibt beim ‚Weiter so!‘ Wichtige Fragen habe Manuela Schwesig nicht beantwortet, etwa zum Schutz vor Gewalttätern und Terroristen, zur Bewältigung der Auswirkungen der Migrationskrise und zum Windkraftausbau. Die Ausführungen zu Familie und Kindern seien für viele Eltern enttäuschend. „Denn es bleibt offensichtlich dabei: Die kostenfreien Kitas kommen auch bis 2021 nicht.“ Und anstatt darüber zu sprechen, wie das Bildungsniveau in Schulen wieder angehoben werden könne, „reden Sie lieber von Inklusion, einem ideologiegetriebenen Projekt, das nur in wenigen Fällen wirklich funktioniert“. Mehr Raum hätte seiner Meinung nach auch die innere Sicherheit verdient gehabt. „Ich hoffe nicht, dass Sie diesem Thema tatsächlich so wenig Priorität einräumen, wie es in Ihrer Rede den Anschein hatte.“ Mit Blick auf die G20-Krawalle in Hamburg warf er Schwesig vor, seit Jahren zu lasch im Umgang mit Linksextremismus zu sein. „Mir ist auch aufgefallen, dass Sie nichts zum Thema Abschiebungen gesagt haben.“ Er erwarte von ihr mehr Anstrengungen, den Rechtsstaat auch

auf diesem Gebiet durchzusetzen. Zu Schwesigs Dialogangebot sagt er: Parteiübergreifende Lösungen im Landtag – das wünsche sich auch seine Fraktion. Dass dies ein ehrlich gemeintes Angebot sei, könne er aber nur schwer glauben. „Davon sprach Ihr Vorgänger auch. Die Praxis allerdings sah im Parlament dann häufig anders aus.“

■ Thomas Krüger (SPD):

„Erfolgsgeschichte von M-V fortschreiben“

„Mit Manuela Schwesig haben wir eine Ministerpräsidentin, die auf allen Ebenen der Politik in Deutschland Verantwortung getragen und gute Arbeit geleistet hat“, sagt Thomas Krüger (SPD). „Sie kennt das Land, sie kennt die Bürger, die Erwartungen, die Nöte – und sie ist gut vernetzt.“ All das seien optimale Voraussetzungen, um die bisherige Erfolgsgeschichte des Landes fortzuschreiben. „Auch wenn der Kapitän von Bord gehen musste, bleibt die Koalition unter neuer Führung gemeinsam auf Kurs.“ Schwesigs Schwerpunkte untermauert er mit Beispielen, die seiner Fraktion in der weiteren Regierungsarbeit besonders wichtig seien: mehr Tarifbindung, mehr altersgerechte Wohnungen, Breitbandausbau, sozialer Wohnungsbau, eine moderne Infrastruktur. „All das wollen wir realisieren bei einem ausgeglichenen Haushalt.“ Der AfD wirft er vor, nur Forderungen zu stellen, diese aber nicht mit Konzepten zu unterfüttern. „Ich habe bisher kein Konzept gesehen,

wie Sie die Kita kostenfrei stellen wollen.“ Krüger verteidigt die Regierungschefin gegen die Vorwürfe der AfD, Linksextremismus zu verharmlosen. „Ich weise das in aller Form zurück.“ Manuela Schwesig habe das nicht getan und sich zu allen Zeiten gegen rechten und linken Extremismus gewandt. Holms Rede sei der beste Ausdruck dafür, warum die SPD mit dessen Fraktion nicht zusammenarbeite: Er erinnert an die Leugnung des Klimawandels, an das Bestreben, Rundfunkstaatsverträge zu kündigen, Frauen zurück an den Herd schicken zu wollen und ein atomares Endlager ins Land zu holen. All das helfe dem Land nicht weiter.

■ Simone Oldenburg (DIE LINKE):

„Nicht kleckern, sondern klotzen“

„Kostenlose Kitas, Volldampf bei der Digitalisierung, ein besseres Schienennetz – bei all diesen Botschaften haben Sie uns an Ihrer Seite“, kündigt Simone Oldenburg (DIE LINKE) an. Ihre Fraktion werde genau hinschauen, dass es nicht nur bei Versprechungen und Prüfaufträgen bleibe. Ihr Vertrauen in derlei Ankündigungen sei durch die Regierungsarbeit der vergangenen Jahre erschüttert. Das betreffe auch den jetzt versprochenen Dialog mit der Opposition. Sie kritisierte, dass Anträge der Linken in der Regel abgelehnt würden. „Wir können Ihre ständigen Ausreden nicht mehr hören, dass die Regierung längst an diesem Problem dran ist und es unseres Antrags nicht bedarf oder wir zu spät kommen.“



Simone Oldenburg (DIE LINKE)



Vincent Kokert (CDU)

Würde die Regierung schon machen, wäre jetzt nicht jede dritte Kommune verschuldet, würden Arbeitnehmer gerechte Löhne verdienen, gäbe es schon kostenlose Kitas, wäre die Pflegeausbildung kostenfrei und müssten Polizisten, Richter und Lehrer nicht unzählige Überstunden leisten, so Oldenburg. Mecklenburg-Vorpommern trage trotz zahlreicher Entwicklungen in vielen Bereichen noch die rote Laterne. Die Langzeitarbeitslosigkeit sei „enorm verfestigt“, die angekündigte Bürgerarbeit da nur „ein zögerlicher Anfang“. Oldenburgs Empfehlung: „Seien Sie mutig, Frau Schwesig. Nicht kleckern, sondern klotzen!“ Erst wenn die Linksfraktion höre, dass Kitas kostenfrei sind, zusätzliche Erzieher und Lehrer eingestellt wurden und die Regierung der Forderung nach Regionalbudgets zugestimmt habe, „dann glauben wir an Ihre Botschaften und Ihre Regierungsarbeit“.

■ Vincent Kokert (CDU):

„Freiheit, Gleichheit und Solidarität“

Er könne verstehen, dass die Opposition die Regierungserklärung für eine Generaldebatte nutze. „Aber bitte erwecken Sie nicht immer den Anschein, als wenn wir nur die Hände in den Schoß legen“, entgegnet Vincent Kokert (CDU). Er lobt die SPD als verlässlichen Koalitionspartner. In den ersten zehn Monaten nach der Landtagswahl habe die Große Koalition schon viel erreicht, allem voran eine Einigung mit den Kommunen über das Finanzausgleichsgesetz, die Novellierung des Kindertagesförderungsgesetzes und den Entwurf für den Doppelhaushalt. Kokert forderte die Op-

position auf, in der anstehenden Haushaltsdebatte eigene Akzente zu setzen und mit konkreten Finanzvorschlägen zu untermauern. „Wir werden jeden Vorschlag intensiv unter die Lupe nehmen.“ Für das Land wünsche er sich eine breit angelegte Debatte über die Zukunft. „Lassen Sie uns jetzt gemeinschaftlich darüber diskutieren, wo wir uns im Kanon der anderen Bundesländer wiederfinden.“ Dabei müsse man sich auch fragen: Worauf können wir stolz sein? Identifikation mit der Heimat sei wichtig, beispielsweise über Wissenschaftsstandorte. „Lassen Sie uns dieses Thema in der Großen Koalition mutig angehen. Sonst tun es andere, die es aus meiner Sicht nicht verdient haben.“ Für seine Fraktion stehe die Regierungsarbeit unter dem Dreiklang „Freiheit, Gleichheit und Solidarität“ – und zwar auch in dieser Reihenfolge und ganz bewusst zusammen. „Dafür werden wir uns auch in dieser Legislaturperiode einsetzen.“

START-Stipendiaten

■ Am 13. Juli besuchten Jugendliche mit Migrationshintergrund den Landtag. Sie besichtigten das Schloss, verfolgten eine Plenardebatte und trafen sich mit der jüngsten Abgeordneten Nadine Julitz (4.v.l.). „Ich schätze, dass wir nach diesem Ausflug alle viel besser verstanden haben, was uns die Lehrer im Unterricht beigebracht haben, und auch viel mehr Achtung vor der Arbeit der Politiker bekommen haben“, schreibt Anastasia auf der START-Website.

START vergibt Stipendien an Jugendliche, die erst seit wenigen Jahren in Deutschland leben, und unterstützt sie bei ihrer Ausbildung und Integration.



Foto: Landtag M-V



Die Krawalle während des G-20-Gipfels überschatteten die friedlichen Proteste Hunderttausender.

Landtag verurteilt G20-Krawalle

Fraktionen streiten über Ursachen und Folgen der Ausschreitungen

■ Juli 2017, G20-Gipfel, Hamburg: Vermummte ziehen durch Hamburg. Flaschen und Molotowcocktails fliegen auf Polizisten. Autos brennen. Geschäfte werden geplündert. Gut 19.000 Polizisten sind im Einsatz. 476 werden verletzt, elf von ihnen stammen aus M-V. Wie konnte es zu den gewalttätigen Ausschreitungen kommen? Wer trägt Schuld daran? Und welche Konsequenzen müssen gezogen werden? Darüber debattierten die Abgeordneten anderthalb Stunden lang. In zwei Punkten waren sich alle vier Fraktionen einig: Gewalt kann kein Mittel von Protest sein und den Polizisten – 700 von ihnen kamen aus Mecklenburg-Vorpommern – gebührt

Dank und Wertschätzung. Zu den Ursachen und Folgen der Krawalle gingen die Meinungen jedoch auseinander. Anstelle eines gemeinsamen Antrags brachten CDU/SPD, AfD und DIE LINKE daher jeweils eigene Anträge in die Debatte ein.

„Ich bin mir sicher, dass uns alle die Ereignisse empört, fassungslos und wütend gemacht haben“, sagte Peter Ritter (DIE LINKE). „Was in Hamburg an Gewalt und Zerstörungswut zu erleben war, ist nicht links und hat mit linker Politik nichts zu tun!“ Er fragte sich, wie eine Szene, deren Gefährdungspotenzial dem Verfassungsschutz bekannt sei, sich trotzdem so habe austoben kön-



Fotos: Jens Büttner

nen? „Sollen damit Bilder erzeugt werden, die man braucht, um nach schärferen Instrumenten zu suchen?“ Von der Landesregierung verlangt er Aufklärung über den Polizeieinsatz und im Innenausschuss nähere Informationen über die an den Ausschreitungen beteiligten Personen aus Mecklenburg-Vorpommern. „Es ist kein Geheimnis, dass sich auch Rechtsextremisten unter die Demonstranten gemischt haben.“ Bei allen Diskussionen rücke eines völlig in den Hintergrund: „Sinn oder Unsinn“ des Gipfels. Immer wieder würden Hilfsprogramme für Afrika versprochen, ohne

dass danach wirklich etwas erfolge. „Gegen solch eine Politik muss in einer Demokratie Widerstand möglich sein“, weshalb seine Fraktion die friedlichen Proteste in Hamburg ausdrücklich unterstützte.

„Die ganze Relativierung seitens der Linken geht mir auf den Keks“, entgegnete AfD-Fraktionschef **Leif-Erik Holm**. Ob der G20-Gipfel Sinn gemacht habe, sei unerheblich. „Entscheidend ist, was dort passiert ist.“ Das sei nicht das Werk von Aktivisten, sondern „linken Terroristen“ gewesen. Nun diejenigen, die „im Pflastersteinhagel standen“, für die Eskalationen verantwortlich machen zu wollen, „ist ein Schlag ins Gesicht jedes Polizisten“. Nach Ansicht von Holm sei es nicht länger hinnehmbar, dass Linksextremismus gesellschaftlich weniger geächtet werde als rechter oder religiöser Extremismus. „Es gibt keine deutliche Abgrenzung vieler vermeintlich demokratischer Politiker vom Linksextremismus.“ Diese „klammheimliche Sympathie“ ermutige die Extremisten immer wieder zu „Terror auf der Straße“. „Wir brauchen eine Null-Toleranz-Politik gegen jeglichen Extremismus.“ Dazu gehöre auch, Vereinen, die staatliches Geld erhalten, ein Bekenntnis zum Grundgesetz abzuverlangen und zu prüfen, „ob die gewalttätigen Gruppen der Antifa als terroristische Organisation einzustufen und zu verbieten sind.“

Kritik an der Polizei – die verbat sich auch **Ann Christin von Allwörden** (CDU). „Die Polizisten standen an vorderster Front, um unsere Werteordnung und unser Verständnis von Demokratie zu beschützen und verteidigen.“ Dafür gebühre ihnen großer Dank. Ihnen jetzt eine Mitschuld an den Ausschreitungen zu geben, sei unangebracht. Die Schuld liege einzig und allein bei den linken Gewalttätern. Deren Krawalle seien organisiert und vorsätzlich gewesen. „Linksautonome Gewalt, wie wir sie in Hamburg erleben mussten, ist kein Einzelfall und auch kein neues Phänomen.“ Dass politische Veranstaltungen wie der G20-Gipfel auch auf Kritik stoßen, liege in der Natur der Sache. Friedlicher Protest sei „absolut legitim“, Meinungsfreiheit aber kein Freifahrtschein für Randalie, Vandalismus, Körperverletzung, Landfriedensbruch, Nötigung oder

Sachbeschädigung. „Meine Fraktion hat immer wieder darauf hingewiesen, wie viel Gewaltpotenzial in der linksextremen Szene steckt. Da müssen wir ansetzen, da müssen wir etwas tun.“

Innenminister **Lorenz Caffier** sieht das ähnlich. „Das Ausmaß der Gewalt und der Radikalität war erschreckend.“ Er sprach von einer „feigen Guerillataktik“ der „vermummten Schwerverbrecher“, für die die Polizisten nicht nur sprichwörtlich ihren Kopf hingehalten hätten. Den Beamten jetzt die Verantwortung für die Ausschreitungen zuzuschreiben, mache ihn fassungslos und sei „völlig inakzeptabel“. Vorwürfe, die Polizei habe provoziert und unverhältnismäßig reagiert, wies er entschieden zurück. Solche Behauptungen von „Sofa-Experten“ seien „Schwachsinn“. Caffier warnte vor jeder Form der Relativierung. „Das dürfen wir so nicht durchgehen lassen.“ Linksextreme Straftäter dürften „keinen politischen Rabatt“ auf ihre Taten erhalten. Hier müsse energischer als bisher durchgegriffen werden. „So, wie wir in den zurückliegenden Jahren gemeinsam den Rechtsextremismus bekämpft haben, sollten wir es über Parteigrenzen hinweg in gleicher Intensität mit dem Linksextremismus tun.“ Für Extremismus gebe es in der Gesellschaft keinen Platz, egal, aus welcher Richtung er komme. „Darüber müssen wir uns einig sein.“

„Gewalt ist an keiner Stelle ein legitimes Mittel der Auseinandersetzung“, unterstrich auch **Jochen Schulte** (SPD). Es müsse selbstverständlich sein, dass eine Veranstaltung wie der G20-Gipfel auch in einer Stadt wie Hamburg stattfinden könne. Demokraten dürften sich nicht von einigen wenigen Gewaltbereiten vorschreiben lassen, wo politische Konferenzen stattfinden und wo nicht. „Diejenigen, die sich feige vermummt und maskiert zu Straftaten zusammengefunden haben, haben letztlich auch denjenigen geschadet, die zu einem friedlichen Protest zusammengekommen waren.“ Für seine Fraktion sei es am Ende egal, „welches Mäntelchen sich die Randalierer umhängen möchten, ob sie sich als Linksautonome bezeichnen, sich als völkisch-pseudonationale Kämpfer gerieren oder unter dem Deckmantel eines religiösen Fundamentalismus agieren: Am Ende sind sie alle nur

eins: Kriminelle, Randalierer, Chaoten, für die in unserem Rechtsstaat kein Platz ist.“ Bei der Abstimmung über den Antrag von CDU und SPD enthielt sich DIE LINKE. In den Reihen der AfD gab es eine Enthaltung und drei Gegenstimmen. Die Anträge von AfD und DIE LINKE scheiterten.

In der anderthalbstündigen Debatte ergriffen weitere Abgeordnete aller vier Fraktionen das Wort. Die Diskussion im vollen Wortlaut können Sie auf dem YouTube-Kanal des Landtages nachhören oder im Wortprotokoll der Plenarsitzung nachlesen unter www.landtag-mv.de



*Dringlichkeitsantrag CDU/SPD-Koalition
Drucksache 7/852*

*Dringlichkeitsantrag AfD
Drucksache 7/851*

*Dringlichkeitsantrag DIE LINKE
Drucksache 7/838*



„Ich nehme gar nichts zurück“

Im Anschluss an die Debatte gab **Christel Weißig** (AfD*) eine persönliche Erklärung ab. Am 8. Juli, dem Tag nach den schweren Krawallen beim G20-Gipfel, hatte die Alterspräsidentin des Landtages bei Facebook gepostet: „Plünderer werden sofort erschossen, warum gilt das bei uns nicht?“ Dafür wurde sie auch im Laufe der Debatte zu den G20-Ausschreitungen kritisiert. In ihrer Erklärung stand sie weiter zu ihrer – inzwischen bei Facebook gelöscht – Äußerung: „Ich nehme gar nichts zurück. Ich habe eine zuspitzende Frage zum Umgang mit Plünderern gestellt. Und ich habe in den Raum gestellt, wie man mit Plünderern anderswo umgeht. Ich will, dass niemand erschossen wird, aber die Polizei muss sich angemessen wehren können.“



Die neue duale Ausbildung soll helfen, den Fachkräftebedarf in den Kitas abzusichern.

Foto: Jens Büttner

Neue Ausbildung für Erzieher startet

Verkürzte Lehrzeit soll Fachkräftemangel entgegenwirken

■ Die Nachfrage nach Kita- und Hortplätzen ist ungebrochen. Diesen Betreuungsbedarf mit Fachkräften abzusichern, stellt Träger zunehmend vor Schwierigkeiten. Wer Erzieher werden möchte, muss sich bislang vier Jahre lang ohne Vergütung und rein schulisch ausbilden lassen. An dieser Stelle schlägt das Land jetzt einen neuen Weg ein: Mit einer dualen Ausbildung zum „Staatlich anerkannten Erzieher für 0- bis 20-Jährige“. Diese dauert drei Jahre, findet in Berufsschule und Kindereinrichtung statt und wird vergütet. Die entsprechenden Änderungen des Kindertagesförderungsgesetzes wurden mit den Stimmen von SPD und CDU beschlossen. Damit können künftig auch Seiteneinsteiger wie Tanzpädagoginnen, Hebammen

oder Physiotherapeuten in Kitas arbeiten. Die verkürzte Ausbildung beginnt zum 1. August. Bundesweit anerkannt wird ihr Abschluss aber nicht.

Die Einführung der neuen Ausbildung sei ein Thema gewesen, das für viele kontroverse Diskussionen gesorgt habe, fasste **Torsten Koplín**, Vorsitzender des Sozialausschusses, die Beratungen zum Gesetzentwurf zusammen. Dass auf den Fachkräftebedarf reagiert werden müsse, darüber bestehe fraktionsübergreifender Konsens. „Erhebliche Meinungsunterschiede gibt es allerdings darin, welcher Weg einzuschlagen ist.“ Allem voran beim Abschluss, der auf die Betreuung von bis zu 10-Jährigen beschränkt werde. Vor diesem Hintergrund werde die Landesregierung in der Entschließung zum Gesetzentwurf aufgefordert, bis 2020 Regelungen zur Weiterqualifizierung für die Altersgruppe der 11- bis 27-Jährigen zu schaffen, sodass damit auch die Tätigkeit in Jugendeinrichtungen möglich wird. „Zudem soll im gleichen Zeitraum der neue Abschluss über die Kultusministerkonferenz bundesweit anerkannt werden.“ Weitere Streitpunkte seien die Anrechnung der Auszubildenden auf die

Fachkraft-Kind-Relation gewesen, ihre Betreuung während der praktischen Arbeit in den Kitas und Horten sowie die pädagogische Grundqualifizierung von Seiteneinsteigern.

Sozialministerin **Stefanie Drese** sprach von einer „attraktiven und zukunftsweisenden Ausbildung“. „Damit sind wir nach Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt das dritte Bundesland, das mit einer auf den frühkindlichen Bereich spezialisierten, dualorientierten Ausbildung aufwarten kann.“ Von einer „Schmalspurausbildung“ könne bei rund 2.300 theoretischen und mindestens ebenso vielen praktischen Unterrichtsstunden keine Rede sein. Mit diesem immer wieder geäußerten Vorwurf drückte DIE LINKE den neuen Auszubildenden einen abwertenden Stempel auf. „Das ist fachlich Unsinn und menschlich unerträglich.“ Drese begrüßte, dass künftig auch Seiteneinsteiger wie Logopäden oder Kinderkrankenschwäger unter den Erziehern zu finden sein werden. Das bereichere die „Multiprofessionalität“ der Kitas. Eine zwingend vorgeschriebene kindheitspädagogische Grundqualifizierung von mindestens 250 Stunden und ein acht-

wöchiges Praktikum sollen dabei das hohe Qualitätsniveau sicherstellen. Die Ministerin lobte das „rasante Gesetzgebungsverfahren“ und betonte, dass die Abschlüsse zum „Staatlich anerkannten Erzieher“ und zum „Staatlich anerkannten Erzieher für 0 bis 10-Jährige“ gleichwertig seien. „Das ist ein klares politisches Signal für gleiche Gehälter.“

Ja, Mecklenburg-Vorpommern brauche mehr Erzieher. Nach Ansicht von **Christel Weißig** (AfD*) werde die neue Ausbildung dazu aber nicht beitragen. „Ihr Gesetzentwurf ist eine Mogelpackung“ und widersprüchlich: „Einerseits betonen Sie die große Bedeutung der frühkindlichen Bildung, und andererseits verkürzen Sie die Ausbildung für diese Fachkräfte um ein Jahr.“ Im Ergebnis werde nicht für mehr Personal gesorgt, sondern für „eine Verschiebung in die bezahlte, aber zweitklassige Ausbildung“. Weißig befürchtet außerdem eine Qualitätsminderung in der Kinderbetreuung: Immer neue Berufsgruppen zuzulassen, werde „den Damm der Qualitätssicherung“ eines Tages brechen lassen. Einem solch „schlecht durchdachten Schnellschuss“ werde ihre Fraktion nicht zustimmen. Anstatt ein „Zweiklassensystem von Erziehern“ zu erzeugen, solle die Landesregierung lieber das Schulgeld abschaffen, Erziehern eine angemessene Ausbildungsvergütung zahlen und den Betreuungsschlüssel reduzieren. Die Fraktion schlug für Kinder bis zum ersten Geburtstag eine Fachkraft-Kind-Relation von 1:4 und bis zum dritten Geburtstag von 1:6 vor. Der Änderungsantrag fand jedoch keine Mehrheit.

Maika Friemann-Jennert (CDU) betonte, dass der Gesetzentwurf seit seiner Ersten Lesung „praxistauglicher und bedarfsgerechter“ geworden sei. „Wir sind mit den Änderungen in vielen Punkten auf die berechtigten Forderungen der Verbände, Gewerkschaften und Eltern eingegangen.“ Das Ergebnis sei alles andere als eine „Erzieherausbildung light“. Im Gegenteil: „Die neue Ausbildung ist gerade für all diejenigen von Vorteil, die sich explizit für eine Tätigkeit mit der Altersgruppe der 0- bis 10-Jährigen interessieren.“ Eine der wichtigsten Anpassungen sei die nach Ausbildungsjahr gestaffelte An-

rechnung der Azubis auf den Fachkräfteschlüssel. „Damit verhindern wir auch, dass sich die Elternbeiträge durch die neue Ausbildung erhöhen.“ Auch sie betonte die Gleichwertigkeit mit der regulären Erzieherausbildung. „Genau genommen ist die Anzahl der theoretischen Stunden in der neuen Ausbildung sogar höher.“ Ihre Empfehlung an die Opposition: „Warten Sie doch erst einmal unvoreingenommen den Verlauf der Ausbildung ab, bevor Sie wieder das Haar in der Suppe suchen.“

„Wir suchen nicht das Haar in der Suppe. Da ist eine ganze Perücke drin!“, erwiderte **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE). Wie soll ein Träger den Fachkraft-Kind-Schlüssel sichern, wenn die Auszubildenden in der Berufsschule sind? Wie, wo und in welchem Zeitraum sollen sich Seiteneinsteiger grundqualifizieren? Wie sollen die Mentoren neben ihrer eigentlichen Arbeit in der Kita noch Auszubildende betreuen? Wird der Abschluss überhaupt bundesweit anerkannt? All das sei noch ungeklärt. „Was Sie heute vorlegen, ist ein halb-gewalktes Gesetz“, das Auszubildende zu „Versuchskaninchen“ mache. „Sie locken junge Leute in eine Ausbildung, indem Sie ein Ausbildungsentgelt zahlen, und dann ist noch nicht einmal klar, wie viel der Beruf am Ende wert sein wird.“ Damit leite die Koalition „eine vorsätzliche Verschlechterung“ der Betreuungsqualität ein. Die Linksfraktion forderte, die Ausbildungskapazitäten der bisherigen Ausbildungsgänge den aktuellen Entwicklungen anzupassen und für alle angehenden Erzieher eine Ausbildungsvergütung einzuführen. Ihr Änderungsantrag fand jedoch keine Mehrheit.

Christian Brade (SPD) wies die Kritik der Opposition zurück und bezeichnete den Gesetzentwurf als „sehr gutes Signal“ an Jugendliche und Familien. Er erleichtere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sichere die Qualität der Kinderbetreuung auf einem hohen Niveau und verhindere Kita-Schließungen. „Ich bin überzeugt, dass sich unser Ausbildungsmodell auch in anderen Bundesländern etablieren wird.“ Auf eine duale Ausbildung zu setzen, halte er für richtig und wichtig. Die Erfahrung aus anderen Branchen zeige, dass diese Form der beruflichen Qualifikation ein sehr hohes Ansehen genieße und beiden Seiten Vorteile bringe: „Mit erfahrenen Mentoren an ihrer Seite wachsen die Auszubildenden in den beruflichen Alltag hinein und können Erlerntes unmittelbar anwenden. Träger profitieren von einer frühen Integration der künftigen Fachkräfte in die tägliche Arbeit sowie neuen Impulsen, die durch die Ausbildungsinhalte in die Einrichtungen getragen werden.“ Die Änderungsanträge der Opposition lehne die SPD ab. „Sie gehen weit an der Lebenswirklichkeit vorbei.“

In der Debatte ergriffen  noch weitere Redner das Wort. Die Reden im vollen Wortlaut können Sie sich auf dem YouTube-Kanal des Landtages ansehen oder als Wortprotokoll in der Parlamentsdatenbank unter www.landtag-mv.de nachlesen.

*Gesetzentwurf SPD/CDU-Koalition
Drucksache 7/412
Beschlussempfehlung Sozialausschuss
Drucksache 7/815
Änderungsantrag AfD
Drucksache 7/839
Änderungsantrag DIE LINKE
Drucksache 7/848*

Duale Erzieher-Ausbildung an Freien Schulen

Die neue Ausbildung zum „Staatlich anerkannten Erzieher für 0- bis 10-Jährige“ soll nach dem Willen von SPD und CDU auch für Schulen in freier Trägerschaft gelten. Dazu muss jedoch das Schulgesetz geändert werden. Einen entsprechenden Antrag brachten die Koalitionsfraktionen ebenfalls zur vergangenen Landtags-

sitzung ein. Damit wurde die Landesregierung aufgefordert, schnellstmöglich einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. AfD und DIE LINKE stimmten gegen den Antrag.

*Antrag CDU/SPD-Koalition
Drucksache 7/791*



Dem Netzwerk gegen Kinderarmut in M-V zufolge gilt jedes vierte Kind im Land als arm oder armutsgefährdet.

Kinderarmut in M-V

DIE LINKE fordert einen Aktionsplan / SPD und CDU halten Kritik für überzogen

■ Die Landesregierung unternimmt nach Ansicht der Linksfraktion zu wenig gegen Kinderarmut. Rund 68.000 Kinder und Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern seien arm oder armutsgefährdet. Um die Chancengleichheit von Kindern zu verbessern, hat DIE LINKE eine „Charta für Kinderrechte“ vorgelegt. Im Mittelpunkt steht eine Kinderkarte für alle 6- bis 16-Jährigen. Diese soll einen Wert von 50 Euro im Monat haben und außerschulische Bildung sowie eine aktive Freizeitgestaltung unterstützen. Damit verbunden sind auch Forderungen nach einem landesweiten Aktionsplan gegen Kinderarmut. Die Koalitionsfraktionen halten die Vorwürfe für überzogen und die Vorschläge für unbezahlbar.

„In Mecklenburg-Vorpommern leben nach Angaben der Hans-Böckler-Stiftung 29 Prozent aller Kinder unterhalb der Armutsschwelle“, sagte **Jacqueline**

Bernhardt (DIE LINKE). Für einen alleinerziehenden Haushalt mit einem Kind bedeute das weniger als 1.039 Euro im Monat zum Leben. Damit blieben den Betroffenen viele Kleinigkeiten des Alltags verwehrt; kulturelle oder sportliche Angebote, Urlaub, neue Kleidung zum Beispiel. Sie warf der Landesregierung vor, die Augen davor zu verschließen. Im Koalitionsvertrag tauche das Thema gar nicht auf, in den Ausschüssen werde es wegdiskutiert. Das komme einer „politisch gewollten Kindeswohlgefährdung“ gleich. Sie forderte die Landesregierung auf, gemeinsam mit Bund und Kommunen in einem Aktionsplan Maßnahmen zu entwickeln, die es Kindern und Jugendlichen trotz Armut erlauben, am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen. „Und bitte kommen Sie jetzt nicht ans Rednerpult, um nur zu resümieren, was sie alles Tolles in den letzten Monaten und Jahren getan haben.“

Diesen Gefallen werde sie ihr nicht tun, entgegnete Sozialministerin **Stefanie Drese**. Ja, der Anteil an Kindern, die in Bedarfsgemeinschaften leben, sei hoch. „Und ich stimme Ihnen zu: Jedes dieser Kinder ist eines zu viel.“ Die Aktivität der Linksfraktion sei aber unübersehbar dem Bundestagswahlkampf geschuldet. Das schmälere die eigentlich löbliche Initiative dann doch gewaltig.

„Warum haben wir statistisch gesehen eine überdurchschnittliche Kinderarmuts-Gefährdungsquote? Weil das Lohnniveau nur etwa 75 bis 80 Prozent des Bundesdurchschnitts erreicht.“ Die Landesregierung sei sich dessen sehr wohl bewusst und handele. Etwa mit Angeboten zur Eltern- und Familienbildung, massiven Investitionen in die Kindertagesförderung, Programmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit und höheren Zuschüssen für Erholungsmaßnahmen sozial schwacher Familien. Von „politisch gewollter Kindeswohlgefährdung“ zu sprechen, sei deshalb „ein starkes Stück“. Auch die Einbeziehung aller Akteure sei bereits „gelebte Praxis“, für die es keinen Aktionsplan mehr brauche.

Jörg Heydorn (SPD) hob hervor, dass der „Rundumschlag“ der Linksfraktion finanziell überhaupt nicht zu stemmen sei: Mit der Charta für Kinderrechte käme auf das Land eine Mindestbelastung von 365,6 Millionen Euro zu. Wer mit Zahlen über die statistische Einkommensgrenze hantiere, ab der man als armutsgefährdet gilt, dürfe deren Zusammensetzung nicht verschweigen: „Da kommt alles an Nettoeinkommen rein, auch Sozialleistungen. Es fallen aber auch eine ganze Menge von Dingen nicht rein.“ Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket etwa, oder

Beiträge für Kita und Essengeld, wenn diese von den Kommunen übernommen werden. „Man kann doch nicht so tun, als wenn das überhaupt keine Rolle spielt.“ Kinderarmut sei zweifelsfrei ein wichtiges Thema, das es anzupacken gelte. „Die Maßnahmen dazu muss man aber schwerpunktmäßig betreiben, wenn man nur eine begrenzte Summe von Mitteln zur Verfügung hat. Wir haben hier im Landtag des Öfteren darüber gesprochen, welche Dinge wir vorhaben, und das werden wir konsequent abarbeiten.“

Die Erfolge und Maßnahmen der vergangenen Jahre darzustellen, helfe bei solch einem wichtigen Thema nicht weiter, so **Bernhard Wildt** (AfD*). „Es geht nicht darum, ein Scherbenegericht zu veranstalten, sondern darum, die Realität anzuerkennen.“ Dem Gedanken, einen Aktionsplan zu erarbeiten, könne sich seine Fraktion deshalb anschließen. „Uns geht es hier allerdings nicht darum, per Brainstorming des Landtages ein Sammelsurium an Vorschlägen zusammenzuschustern.“ Auch die Kinderkarte sei eine gute Idee. An anderen Stellen verliere der Antrag Kinder jedoch zu weit aus dem Blick. Hier behandle DIE LINKE unter der Überschrift Kinderarmut alle möglichen Probleme: geringes Lohnniveau, Langzeitarbeitslosigkeit, fehlenden preiswerten Wohnraum. Er bestreite nicht die „Rückkopplungseffekte“, die das auch auf Kinder habe. „Aber mir fehlen die wirklichen Sofortmaßnahmen, die Kindern in ihrem All-

tag unmittelbar helfen.“ Dazu gehöre für ihn auch ein kostenloses zweites Frühstück und ein kostenloses, frisch zubereitetes Mittagessen für Schüler.

„Ich behaupte nicht, dass sozial- und familienpolitisch alles gut ist. Ihre Sicht auf die Dinge ist aber überzogen“, entgegnete **Maika Friemann-Jennert** (CDU) den Linken. Kontinuierliches Wirtschaftswachstum, hohe Beschäftigungszahlen, niedrige Arbeitslosigkeit – „das zeigt doch, dass es den Menschen in unserem Land zumindest materiell so gut geht wie nie zuvor“. Auch die Chance des sozialen Aufstiegs sei keine Frage des Geldbeutels. „Hier haben wir uns erheblich verbessert in den vergangenen Jahrzehnten. Auch Kinder aus Arbeiterfamilien können heute mit Fleiß, Willen und staatlicher Unterstützung einen Hochschulabschluss erwerben.“ Die Landesregierung finde sich keineswegs mit Armut oder Armutsrisiken ab. Die CDU-Politikerin empfahl den Linken dazu noch einmal einen Blick in den Koalitionsvertrag. Dort stehe eine Menge für Kinder, Jugendliche und Familien drin. „Das können Sie nicht einfach wegre-den.“ Fakt sei aber auch: „Es kann nur das Geld ausgegeben werden, das erwirtschaftet wird. Ausgaben müssen wir mit Blick auf künftige Generationen mit Augenmaß vornehmen.“

„Es erschreckt mich, was ich hier gehört habe. Aber es verwundert mich auch nicht. Gewisse Schoten bin ich ja von Ihnen schon gewohnt“, resümierte **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE) die Debatte. Wenn viele der Forderungen tatsächlich bereits gelebte Praxis seien, warum gebe es dann noch immer keinen Ganztagsanspruch auf einen Hortplatz, keine kostenfreie Kita? „Nur hinstellen und schönreden hilft niemandem.“ Der Bund halte 150 familienpolitische Leistungen vor. „Warum 13 Prozent der Fördersumme bei den reichsten zehn Prozent der Familien landen und nur sieben bei den ärmsten zehn Prozent, das müssen Sie mal erklären.“ Ihr Vorschlag: „Solange sich nicht jedes Kind in Mecklenburg-Vorpommern einen Kinobesuch im Monat leisten kann, sollten Sie auch darauf verzichten, ins Kino zu gehen. Wie wäre das?“

Antrag DIE LINKE 7/786

Mandatsveränderung



Foto: Landtag M-V

Am 21. August hat Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp den langjährigen Abgeordneten **Helmut Holter** verabschiedet. Mit Wirkung zum 16. August 2017 hatte dieser sein Landtagsmandat niedergelegt, nachdem er am Folgetag das Amt des Bildungsministers in Thüringen übernommen hatte.

Der 64-Jährige war 1994 erstmals in den Landtag M-V gewählt worden und wirkte in zahlreichen politischen Funktionen im Parlament wie auch in der Landesregierung – so als Ausschussvorsitzender, Vorsitzender seiner Fraktion DIE LINKE, Minister und Stellvertreter des Ministerpräsidenten. Der Landesregierung gehörte er von 1998 bis 2006 als Arbeitsminister an.



Foto: DIE LINKE

Listen-Nachfolger von Helmut Holter ist **Henning Foerster** aus Schwerin. Er rückte am 25. August für DIE LINKE in den Landtag nach. Foerster war bereits in der vergangenen Wahlperiode Mitglied des Landtages und hatte bei der Wahl am 4. September 2016 den Wiedereinzug knapp verpasst.

Volksinitiative gegen Kinderarmut

Im Februar 2017 hat ein Netzwerk aus mehreren Verbänden in Mecklenburg-Vorpommern eine Volksinitiative gegen Kinderarmut gestartet. Dem Netzwerk zufolge gilt jedes vierte Kind im Land als arm oder armutsgefährdet. Mecklenburg-Vorpommern ist demnach mit Ausnahme von Bremen das Bundesland mit dem höchsten Armutsrisiko für Kinder. Das Netzwerk fordert vor allem bessere Bildungschancen für Kinder aus ärmeren Familien. Als arm gelten Haushalte, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt.

Gesichtsschleier verbieten?

Gesetzentwurf der AfD findet keine Mehrheit

■ Die AfD fordert, das Verschleiern des Gesichts in Mecklenburg-Vorpommern zu verbieten. Ein bedecktes Gesicht verhindere eine offene Kommunikation und stehe im Widerspruch zur freiheitlich-demokratischen Werteordnung Deutschlands, argumentiert die Alternative für Deutschland. SPD, CDU und DIE LINKE sehen in der Vollverschleierung zwar ebenfalls ein Symbol für die Unterdrückung von Frauen und Integrationshindernis. Ein pauschales Verbot halten sie aber für nicht gerechtfertigt und verfassungswidrig.

Seine Fraktion habe lange darüber diskutiert, ob sich ein liberaler Rechtsstaat überhaupt mit dem Thema beschäftigen müsse – und sei zu dem Schluss gekommen: „Ja, er muss. Zwingend sogar“, begründete AfD-Fraktionschef **Leif-Erik Holm** den Gesetzentwurf. Toleranz könne nicht so weit reichen, „die Symbolik von Feinden der offenen Gesellschaft“ zu dulden. „Die Burka ist kein Zeichen gelebter Religion, sie ist das Zeichen eines intoleranten fundamentalistischen Islams.“ In der Öffentlichkeit Burka und Nikab zu tragen, schüre Ängste, verhindere Integration, missachte die Menschenwürde und sei ein „Affront gegen die liberale Gesellschaft“. Hier müsse ein klarer Trennstrich gezogen werden. „Toleranz endet beim Nichttolerierbaren.“ Holm blickte auf bereits geltende Burka-Verbote in Belgien und Frankreich und betonte: „Wir bezwecken mit diesem

Burka und Nikab

Die Burka ist ein Ganzkörperschleier, dessen Sehschlitz mit einem Gitternetz versehen ist. Beim Nikab, der zusammen mit einem langen Kleid getragen wird, sind die Augen der Muslima durch den Sehschlitz noch zu erkennen.



Foto: Jens Büttner

Diese Frau trägt keine Burka, sondern einen Nikab – die Augen sind durch den Sehschlitz zu erkennen.

Gesetzentwurf keine Einschränkung, sondern mehr Freiheit: Mehr Freiheit für Frauen und mehr Freiheit für die offene Kommunikation.“

Auch für Innenminister **Lorenz Caffier** haben „Burka und Nikab in unserer offenen freiheitlich-demokratischen Gesellschaft nichts verloren“. Dabei spiele für ihn keine Rolle, wie viele Frauen hierzulande überhaupt ihr Gesicht verhüllen. „Das ist eine Grundsatze Frage“, sagte er und warnte vor Parallelgesellschaften. „Ich möchte keine Geschlechterapartheid, ich möchte meinem Gegenüber die Hand geben, in die Augen sehen, die Mimik deuten können.“ Er betonte, dass sich die Landesregierung in dieser Frage einig sei. Nichtsdestotrotz könne nicht alles verboten werden, was einem nicht gefalle. Vollverschleierung im öffentlichen Raum allgemein zu untersagen, halte er für verfassungswidrig. Schon deshalb könne dem Gesetzentwurf nicht zugestimmt werden. Außerdem müssten Vollverschleierungen qua Bundesgesetz seit Juni bereits im Dienst bei Behörden und bei Wahlen abgelegt werden. „Das ist auf jeden Fall erst mal ein guter Kompromiss. Damit sollten wir dann auch alle leben können.“

Für **Martina Tegtmeier** (SPD) geht der Gesetzentwurf der AfD am Bedarf vorbei. „Ich habe bei uns in Mecklenburg-Vorpommern noch niemanden getroffen, der nur mit einem Sehschlitz als Muslima unterwegs war.“ Andere Gruppen, deren Gesichter man ebenfalls nicht sehen könne, begegneten ihr viel häufiger: Motorradfahrer mit Totenkopfmasken, „Menschen, die als

Gruftis rumlaufen: total zugekleistert und geschminkt“ oder „Menschen, die von oben bis unten tätowiert sind. Auch da ist das Gesicht mitunter vollkommen bedeckt.“ Wenn Herr Holm den Eindruck erwecke, mit einem Verbot schlussendlich auch den Burka tragenden Frauen einen Gefallen zu tun, so sei ihm gesagt: „Das sehen diese teilweise ganz anders.“ Unter dem Deckmantel, für eine offene Gesellschaft kämpfen zu wollen, gehe es der AfD einmal mehr darum, „eine Menschengruppe, die sie hier nicht haben will, zu gängeln“, so Tegtmeier. Das werde ihre Fraktion nicht mitmachen. „Deshalb werden wir den Gesetzentwurf in Erster Lesung ablehnen.“

Offene Kommunikation ist ein Gesellschaftsideal, das geschützt werden müsse, wandte **Nikolaus Kramer** (AfD) ein. „Sie ist prägend für das Zusammenleben in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft.“ Ein Burka-Verbot auf Teilbereiche des öffentlichen Lebens zu beschränken, hält er nicht für zielführend. „Kommunikation findet nicht nur bei Demonstrationen oder in Gerichtssälen, Schulen, Kindergärten oder bei Passkontrollen statt, sondern in allen Bereichen unseres Lebens.“

Frauenrechte seien eine hart erkämpfte Errungenschaft, Burkas hingegen Zeichen einer Kultur, in der Frauen als Bürger zweiter Klasse gelten. „Letztlich ist der Schleier nichts anderes als ein von muslimischen Fundamentalisten geprägtes Instrument zur Unterdrückung der Frau.“ Wer nicht bereit sei, ihn abzulegen, trage deutlich seinen Unwillen zur Schau, sich zu integrieren. Kramer sieht keinen Grund, den Gesetzentwurf nicht

zu weiteren Beratung in den Innenausschuss zu überweisen. „Da können wir uns ausführlich über die Verfassungsmäßigkeit unterhalten.“

Ann Christin von Allwörden (CDU) bezeichnete die Vollverschleierung von Frauen als „menschenverachtend, frauenfeindlich und integrationshemmend“. Das dürfe aber nicht außer Acht lassen, dass Deutschland ein Land sei, in dem jeder per Grundgesetz seine Persönlichkeit entfalten dürfe und ein Recht auf freie Religionsausübung habe. Gerade deshalb brauche es in puncto Vollverschleierung umsetzbare Lösungen. Die biete die AfD aber nicht an. „Ihrem Gesetzentwurf fehlt es an der Abwägung geltender Grundrechte.“ Sie unterstrich, dass der Gesetzentwurf schon wortwörtlich in die Landtage von Brandenburg, Baden-Württemberg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eingebracht worden sei. „Bereits dort wurde auf verfassungsrechtliche Probleme hingewiesen.“ Das werde aber ebenso wenig berücksichtigt wie das inzwischen verabschiedete Bundesgesetz, das Beamten im Dienst eine Vollver-

schleierung verbiete. „Inhaltlich konstruktive Arbeit scheint nicht die Sache der AfD zu sein. Vielmehr geht es um Polemik und Schaufensteranträge.“ Ihre Fraktion werde den Gesetzentwurf daher ablehnen.

Gebote und Verbote, ob aus religiösen oder staatlichen Gründen, lehnt **Peter Ritter** (DIE LINKE) gleichsam ab. „Das hat für mich nichts mit einer offenen und freien Gesellschaft zu tun.“ Frauen sollten den Gesichtsschleier vielmehr ablegen „dürfen“, aber nicht „müssen“. Unabhängig davon frage er sich, was der Gesetzentwurf überhaupt soll. „In der Begründung räumen Sie selbst ein, dass wir über eine sehr geringe Personenzahl reden. Genau Zahlen sind weder Ihnen noch mir bekannt. Das Thema ist hierzulande völlig irrelevant.“ Er warf der AfD vor, einmal mehr nur Stimmung machen zu wollen. „Sie glauben doch nicht im Ernst, dass Städte wie Demmin oder Anklam mit einem Burka-Verbot sicherer wären, als sie es jetzt sind?!“ Er sei zwar immer dafür, Gesetzentwürfe der Opposition in die Ausschüsse zu überweisen. „Aber selbst bei mir ist jetzt

eine Schmerzgrenze erreicht. Ich wüsste nicht, worüber ich im Innenausschuss mit Ihnen reden soll. Deshalb wird meine Fraktion einer Überweisung nicht zustimmen.“

Am Ende der Ersten Lesung lehnten SPD, CDU und DIE LINKE eine Überweisung in den Innenausschuss ab. In der Plenarsitzung am 27. September steht der Gesetzentwurf zur Zweiten Lesung auf der Tagesordnung des Landtages.

Gesetzentwurf AfD Drucksache 7/773

Bundestagsbeschluss

Änderung Bundesbeamtengesetz

Im April 2017 verabschiedete der Deutsche Bundestag ein Gesetz zu bereichsspezifischen Regelungen zur Gesichtsverhüllung. Danach ist es Beamtinnen und Beamten sowie Soldatinnen und Soldaten untersagt, bei Ausübung ihres Dienstes oder bei Tätigkeiten mit unmittelbarem Dienstbezug das Gesicht durch Kleidung o.Ä. zu verhüllen.

Foto: Landtag M-V



Die Mitglieder der Stasi-Überprüfungskommission des Landtages: v.l. Dr. Stefan Mahlburg, Kommissionsvorsitzende Anne Drescher, Rainer Prachtl. Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp (2.v.r.) war bei der Konstituierung zugegen.

Stasi-Überprüfungskommission

Zu Mitgliedern der Kommission gemäß § 48 Absatz 3 Abgeordnetengesetz M-V hatte der Landtag am 18. Mai die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Anne Drescher, den früheren Parlamentspräsidenten Rainer Prachtl sowie den Richter Dr. Stefan Mahlburg gewählt. Das Gremium hat sich am

25. Juli im Beisein von Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp konstituiert. Die Kommission prüft, ob Landtagsabgeordnete hauptamtlich oder inoffiziell für den Staatssicherheitsdienst der DDR tätig waren. Die Stasi-Überprüfung der Abgeordneten ist freiwillig.

Holger Arppe aus AfD-Fraktion ausgetreten



Holger Arppe ist aus der AfD ausgetreten und hat auch die AfD-Landtagsfraktion verlassen. Die Fraktion hat ihn zugleich aus allen Fraktionsfunktionen und Landtagsgremien abberufen. Mit dem Partei- und Fraktionsaustritt kam Arppe einem Ausschluss zuvor, nachdem seine gewaltverherrlichenden und kinderpornografischen Internetchats öffentlich geworden waren. Arppe gehört dem Landtag als fraktionsloser Abgeordneter weiterhin an.

Das Thema steht auch auf der Tagesordnung der Plenarsitzung am 28. September. In einem gemeinsamen Antrag fordern die Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE Holger Arppe auf, sein Landtagsmandat sowie alle öffentlichen Ämter unverzüglich niederzulegen.

Weitere Beschlüsse

Straßenausbaubeiträge

■ Die Kommunen müssen beim Ausbau von Straßen auch künftig Grundstückseigentümer an den Kosten beteiligen. Ein Gesetzentwurf der AfD-Fraktion, die Erhebungspflicht im Kommunalabgabengesetz abzuschaffen und es den Kommunen zu überlassen, ob sie die Anlieger an den Kosten beteiligen, hatte bereits in der Ersten Lesung am 5. April 2017 keine Mehrheit gefunden. Damals hatte Innenminister Caffier in der Debatte darauf verwiesen, dass die konkrete Höhe der Beiträge schon jetzt im Ermessen der Kommunen liege und das Kommunalabgabengesetz lediglich vorgebe, dass Gemeinden mindestens zehn Prozent der Kosten zu tragen hätten.

Die AfD-Novelle wurde auch in Zweiter Lesung am 12. Juli von den anderen Fraktionen SPD, CDU und DIE LINKE nicht unterstützt. Bei der von der AfD geforderten namentlichen Abstimmung votierten 14 Abgeordnete mit Ja, 44 mit Nein. Stimmenthaltungen gab es nicht.

Gesetzentwurf AfD

Drucksache 7/398

Parlamentsforum südliche Ostsee

■ Der Europäischen Route der Backsteingotik, die in wesentlichen Teilen auch durch Mecklenburg-Vorpommern führt, soll ein stärkeres Augenmerk gewidmet werden. Ebenso wie allen anderen europäischen Kulturrouten im südlichen Ostseeraum. Darauf haben sich die Teilnehmer des „Parlamentsforum südliche Ostsee“ verständigt. Im Mittelpunkt stand die Entwicklung und Erweiterung der Kulturrouten. Die Delegierten haben bei der Konferenz Ende Mai in Stettin eine Resolution dazu verabschiedet. Darin sprechen sie sich dafür aus, die Routen effektiv zu entwickeln, zu beleben und öffentlichkeitswirksam zu bewerben. Dazu soll unter anderem eine gemeinsame

Homepage und eine gemeinsame App entwickelt sowie die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen ausgebaut werden. Der Landtag hat der Entschließung zur Umsetzung der Beschlüsse einstimmig zugestimmt.

Antrag SPD, AfD, CDU, DIE LINKE

Drucksache 7/789

Rundfunkstaatsvertrag

■ Der Hörfunkrat des Deutschlandradios muss die Anzahl seiner staatlichen und staatsnahen Mitglieder reduzieren. Von den künftig 45 statt 40 Mitgliedern darf nur ein Drittel von staatlichen Institutionen entsandt werden. Auch beim Verwaltungsrat sind Anpassungen nötig. Das soll nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts den staatlichen Einfluss auf die Gremien verringern. Aus diesem Grund muss der Rundfunkstaatsvertrag geändert werden. Damit einher gehen auch erweiterte Inkompatibilitäts-Regelungen zur Sicherung der persönlichen Staats-

ferne. Damit der 20. Rundfunkänderungsstaatsvertrag in Kraft treten kann, müssen auch alle Landtage ihm zustimmen.

Drucksachen 7/372 und 7/690

Landesverfassung

■ Die Beteiligungs-Quoren bei Volksbegehren und Volksentscheiden werden nicht weiter gesenkt. SPD, CDU und DIE LINKE lehnten den AfD-Vorschlag ab, die Mindestzahl der Unterschriften für ein Volksbegehren von 100.000 auf 40.000 zu reduzieren und das Zustimmungsquorum beim Volksentscheid – derzeit liegt es bei einem Viertel der Wahlberechtigten – abzuschaffen. Nach den Plänen der AfD hätte beim Volksentscheid dann die Mehrheit derjenigen, die sich an der Wahl beteiligen, ausreichen sollen. Den Gesetzentwurf in den Ausschüssen zu beraten, hatten die Koalitionsfraktionen und DIE LINKE bereits in der Ersten Lesung am 2. Mai 2017 abgelehnt.

Gesetzentwurf AfD Drucksache 7/539



Foto: Landtag M-V

Brandenburgs Landtagspräsidentin Britta Stark (l.) mit ihrer Amtskollegin Sylvia Bretschneider.

Landtagspräsidentin Brandenburgs zu Gast

■ Im Rahmen ihres Besuchs in der Landeshauptstadt Schwerin kam die Präsidentin des Landtages Brandenburg Britta Stark natürlich auch in den Landtag M-V im Schweriner Schloss. Hier wurde sie von Amtskollegin Sylvia Bretschneider empfangen, trug sich ins Gästebuch des Landtages ein und nahm auch als Gast an der Juli-Plenarsitzung und am Sommerfest teil.

Beim Erfahrungsaustausch der beiden Präsidentinnen ging es auch um die Arbeitsbedingungen in einem neu gebauten Plenarsaal. Das Land Brandenburg hat 2013 seinen neuen, modernen Landtag hinter der historischen Fassade des einstigen Potsdamer Stadtschlösses in Besitz genommen – der Landtag M-V tagt seit 27. September in seinem neuen Plenarsaal.

Handwerk in M-V

Wirtschaftsausschuss informiert sich über aktuelle Situation

■ Eine gute Auftragslage, stabile Beschäftigung – das Handwerk verzeichnete das beste Frühjahr seit 2007. Dies erklärte der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern Mecklenburg-Vorpommern, Jens-Uwe Hopf, bei einem Expertengespräch im Wirtschaftsausschuss am 29. Juni. Zu den Herausforderungen gehörten insbesondere die Themen Fachkräfte, Nachwuchssicherung, Betriebsübernahmen und Qualifizierungen.

Der Auftragsvorlauf liege je nach Gewerk zwischen neun Wochen und neun Monaten, sagte Hopf im Ausschuss. Die 2008 gestartete Meisterkampagne sowie die im Jahr 2009 ins Leben gerufene bundesweite Imagekampagne des Handwerks hätten das Handwerk sowie seine Berufe bekannter gemacht und damit auch zu einer besseren Berufsorientierung geführt. 2016 seien landesweit 4.971 Lehrlinge in einer hand-



Fotos: Jens Büttner

Mehr als 20.000 Handwerksbetriebe mit rund 100.000 Beschäftigten und über 6.000 Lehrlingen erwirtschaften in M-V einen jährlichen Umsatz von rund neun Milliarden Euro.

werklichen Ausbildung gewesen. In diesem Jahr wären bisher 569 neue Ausbildungsverträge geschlossen worden (Stand: 1. Juni 2017). Fachkräfte fehlen Hopf zufolge vor allem in der Gesundheits- und der Baubranche.

Im vergangenen Jahr haben in Mecklenburg-Vorpommern 244 Handwerker die Meisterausbildung abgeschlossen. Das durchschnittliche Alter eines Jungmeisters beträgt 34 Jahre. 2016 hätten sich 1.021 Handwerksunternehmen neu gegründet, zudem hätten die Handwerkskammern im vergangenen Jahr 113 Betriebsübernahmen aktiv begleit-

tet. Dieses Thema bleibe auch in den kommenden Jahren hochaktuell: So stünden etwa 3.500 Übernahmen von Betrieben an, deren Inhaber älter als 60 Jahre sind. Nur etwa 40 Prozent der Betriebsübergaben fänden innerhalb der Familie statt.

Ein weiteres Gesprächsthema war das Europäische Dienstleistungspaket, gegen das Bundestag und Bundesrat Subsidiaritätsrügen erhoben haben. Schließlich stellte Hopf die grundsätzlichen Erwartungen des Handwerks an die Politik vor.

Gesundheitsversorgung

Wirtschaftsausschuss mit Kassenvertretern im Gespräch

■ Am 6. Juli stand das Thema Gesundheit auf der Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses. Geladen war u.a. Wirtschaftsminister Harry Glawe, der die Abgeordneten über die aktuelle Situation am Kreiskrankenhaus Wolgast informierte. Außerdem sprachen die Landespolitiker mit Vertretern der AOK Nordost und der Landesvertretung M-V des Verbandes der Ersatzkassen e. V. über die ärztliche Versorgung im Land.



In M-V praktizieren ca. 1.200 Hausärzte. Etwa neun Prozent der Hausarztstellen sind noch unbesetzt.

Insbesondere der andauernde massive Protest vor Ort gegen die Schließung der Kinderklinik am Krankenhaus Wolgast hatte die Verantwortlichen zum

Umdenken bewogen. So wurde am 1. Juni 2017 am Krankenhaus Wolgast das Projekt der Portalpraxisklinik für Kinder und Jugendliche gestartet. Ziel

ist es, die sektorübergreifende Notfallversorgung in die Regelversorgung aufzunehmen. Vier Arzt- und 6,5 Kinderkrankenpflegebetten stehen laut Wirtschafts- und Gesundheitsminister **Harry Glawe** für die Portalpraxisklinik mit ihren zehn Betten zur Verfügung. In den ersten drei Wochen seit dem Projektstart hätten 203 Kinder und Jugendliche die Notfallsprechstunde aufgesucht. Die Portalpraxisklinik wird für die Dauer von drei Jahren mit 1,66 Mio. Euro gefördert, zudem besteht die Option der Verlängerung um weitere drei Jahre. Das Projekt wird vom Institut für Community Medicine in Greifswald wissenschaftlich begleitet und evaluiert.

Beim Gespräch mit den Krankenkassen ging es um die Schwerpunkte und Herausforderungen bei der Krankenhauslandschaft, die ärztliche Versorgung in den ländlichen Räumen und den Rettungsdienst. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es 37 Krankenhäuser mit mehr als 11.000 Betten.

Im Fokus der Krankenkassen stehen neben der Qualität der ärztlichen Versorgung sektorübergreifende Modelle einschließlich telemedizinischer und digitalisierter Ansätze, wie sie derzeit im Land erprobt werden. Ziel sei es, eine qualitativ hochwertige, bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen. Zwar sei das Land mit Blick auf die Infrastruktur der Krankenhäuser im Vergleich zum Bundesdurchschnitt gut aufgestellt, dennoch gebe es an einigen Standorten inzwischen wieder einen Investitionsbedarf.

Zudem wurde über die Neuerungen infolge des 2015 geänderten Rettungsdienstgesetzes berichtet. Hierzu gehörten u. a. die Einführung eines neuen Ausbildungsberufes „Notfallsanitäter“ und die Ausweitung des Rettungsdienstes auf die Wasserrettung. Mit dem Wegfall der Sondergebiete gilt nun grundsätzlich, dass im gesamten Land in 90 Prozent der Fälle innerhalb der Hilfsfrist ein geeignetes Rettungsmittel am Ort sein muss. Im Landkreis Vorpommern-Greifswald soll ein Modellvorhaben für eine flächendeckende Versorgung im Bereich des Rettungsdienstes gestartet werden, das mit Landesmitteln in Höhe von etwa 5,4 Millionen Euro für die Dauer von drei Jahren gefördert wird.



Foto: Jens Büttner

Touristische Radwege sollen besser mit Alltagsstrecken verknüpft werden.

Radverkehr

Expertengespräch
im Energieausschuss

■ Die Energie- und die Mobilitätswende sind untrennbar miteinander verbunden. In diesem Zusammenhang gewinnt der Radverkehr zunehmend an Bedeutung. Er trägt zum Klimaschutz bei, fördert die Gesundheit und hat mittlerweile einen wichtigen Stellenwert für die Wirtschaft im Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern. Insofern sind die Radverkehrsinfrastruktur und deren Finanzierung in den Städten, Gemeinden und Landkreisen, die Verknüpfung des Radverkehrs mit anderen Verkehrsträgern sowie die Verbesserung der Verkehrssicherheit von Radfahrern von zentraler Bedeutung. Der Energieausschuss führte hierzu am 5. Juli mit Vertretern des Städte- und Gemeindetages, des Landkreistages, des ADFC sowie des Tourismusverbandes M-V ein Expertengespräch durch.

Als wichtigste Akteure bei der Planung, dem Bau sowie der Unterhaltung von Rad- und Fernradwegen gingen Landkreise unterschiedlich an die Aufgabe heran, sagte der zuständige Landesminister **Christian Pegel**: Manche verstünden sich als zentrale Koordinatoren und böten zusammen mit den interessierten Gemeinden freiwillige Leistungen an; manche würden diese Steuerungsfunktion gern beim Land angesiedelt wissen. Grundsätzlich bestehe das Pro-

blem, dass der Radwegeausbau, die Unterhaltung sowie die Instandsetzung von Radwegen unterfinanziert seien und bisweilen unkoordiniert abliefen. Vor diesem Hintergrund rief der Minister dazu auf, Absprachen zwischen dem Land, den Kreisen und den Gemeinden zu verbessern und touristische Radwege mit Alltagsradstrecken zu verknüpfen. Er kündigte an, dass die verfügbaren Mittel aus unterschiedlichen Ressorts neben dem Lückenschlussprogramm noch stärker gebündelt werden sollen und dass geprüft werde, inwieweit mehr europäische Fördermittel für Bau und Unterhaltung von Radwegen genutzt werden könnten.

Die Städte und Gemeinden im Land seien mit Planung, Bau, Unterhaltung sowie Beschilderung von Radwegen überfordert, sagte der Vertreter des Städte- und Gemeindetages M-V e.V. Grundsätzlich halte er die Kreisebene für die geeignete Planungs- und Steuerungsebene. Er warb dafür, den Integrierten Landesverkehrsplan als Steuerungsinstrument für den Radwegbau im Land zu nutzen. Vom Land forderte er ein landesweites Zielnetz, insbesondere um die zentralen Orte miteinander zu verknüpfen. Auch sollten Ausgleichszahlungen für Landwirte, die Flächen für Radwege zur Verfügung stellten, in angemessener Höhe erfolgen. Als wichtig nannte er außerdem die bessere Verknüpfung von Radverkehr und ÖPNV.

Der Vertreter des Landkreistages unterstrich die Notwendigkeit, die Zuständigkeiten des Landkreises für sämtliche Radwege an einer Stelle zu konzentrieren, um die Koordination von Maßnahmen zu verbessern. Als deutlich

über dem Landesdurchschnitt liegend nannte er den Landkreis Ludwigslust-Parchim. Dort seien 53 Prozent der Bundesstraßen sowie 30 Prozent der Landesstraßen mit straßenbegleitenden Radwegen versehen. Das vorhandene Radwegenetz weise nur wenige Lücken aus und entspreche den allgemeinen Anforderungen an ein Alltagsroutenetz. Das touristische Wegenetz sei 2002 auf der Grundlage eines Konzeptes des Regionalen Planungsverbandes erstellt worden und umfasse 185 km Radfernwege, 668 km Radwanderwege und 552 regional bedeutsame Tourenwege. Die Zuständigkeiten seien in der Regel bei den Straßenbaulastträgern angesiedelt. Der Landkreis übernehme die Steuerung einer einheitlichen Beschilderung bei den Radfernwegen.

Auch der Vertreter des **ADFC M-V e.V.** sprach sich dafür aus, die Zuständigkeiten für den Radverkehr zu konzentrieren, ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen sowie den Radverkehr besser mit dem ÖPNV zu verknüpfen. Im Rahmen eines „Fahrradklimatests“ für das Radwegenetz im Land seien 2016 vier Fernrouten (Oder-Neiße-Radweg, Mecklenburgischer Seen-Radweg, Ostseeküsten-Radweg und Berlin-Kopenhagen-Radweg) begutachtet und benotet worden. Im Ergebnis habe man feststellen müssen, dass die Radwegeinfrastruktur schlecht bewertet worden und Mecklenburg-Vorpommern in der Beliebtheit als Radreiseland auf den siebten Rang abgerutscht sei.

Der Vertreter des **Tourismusverbandes M-V e.V.** unterstrich die wirtschaftliche Bedeutung des Fahrradtourismus für das Land. Leider habe das Land in Bezug auf die Möglichkeiten sowie die Qualität des Radwegenetzes seine Kernkompetenz verloren. Benachbarte Bundesländer sowie Polen gewannen immer mehr an Attraktivität für Radurlauber. Ziel sei es deshalb, durch kreative Ansätze die Qualität des Radwegenetzes und dessen Möglichkeiten wieder zu verbessern. Vor diesem Hintergrund arbeite man eng mit dem ADFC zusammen. Auch der TMV sprach sich dafür aus, die Zuständigkeiten zu bündeln und Bau und Unterhaltung von Radwegen besser zu finanzieren. Letztlich müsse im Land politisch entschieden werden, welche Bedeutung der Radverkehr haben solle.

Foto: Landtag M-V



Vertreten den Landtag Mecklenburg-Vorpommern bei der Ostseeparlamentarierkonferenz in Hamburg: v. l. Dirk Friedriszik, Vizepräsidentin Beate Schlupp, Karsten Kolbe.

Gemeinsam im Ostseeraum

Ostseeparlamentarier fordern nachhaltigen Tourismus und die gemeinsame Vermarktung der Region

■ An der 26. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC), die Anfang September in Hamburg stattfand, nahmen rund 190 Delegierte aus nationalen und regionalen Parlamenten, parlamentarischen Organisationen des Ostseeraums sowie Experten aus Regierungen, Hochschule und Wirtschaft teil. Den Landtag Mecklenburg-Vorpommern vertraten Vize-Präsidentin Beate Schlupp sowie die Abgeordneten Dirk Friedriszik und Karsten Kolbe. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Themen nachhaltiger Tourismus, demokratische Teilhabe im digitalen Zeitalter, Ostseekooperation und Wissenschaftspolitik. Auch der Umgang mit Flüchtlingen wurde im Zusammenhang mit der Einsetzung einer neuen Arbeitsgruppe thematisiert.

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern war intensiv in die Vorbereitung der Konferenz eingebunden. Jochen Schulte, Abgeordneter und maritimer Berichterstatter, hatte der BSPC einen

Bericht zur maritimen Politik 2016-2017 zugeleitet, Sylvia Bretschneider, Landtagspräsidentin und HELCOM-Beobachterin der BSPC, hatte einen Bericht über die Wahrnehmung des BSPC-Beobachtermandats in der Zeit 2016-2017 vorgelegt. Beide Sondermandate des Landtages wurden durch den Ständigen Ausschuss der Konferenz einstimmig für die Zeit 2017-2018 bestätigt.

Darüber hinaus wurde Sylvia Bretschneider einstimmig zu Berichterstatterin der BSPC für den Themenkomplex „Nachhaltiger Tourismus“ bestimmt. Mit dieser neu geschaffenen Funktion zieht die Konferenz die Konsequenz aus dem erfolgreichen Abschluss der zu diesem Themenkomplex eingesetzten Arbeitsgruppe, die nach zwei Jahren intensiver Arbeit unter dem Vorsitz Bretschneiders in Hamburg ihren Abschlussbericht vorgelegt hat.

In den kommenden zwei Jahren wird sich eine neue Arbeitsgruppe der BSPC mit „Migration und Integration“ befassen. Damit wird ein Thema vertieft, das auch im Ostseeraum besonders sensibel ist – in der BSPC arbeiten von Russland über die skandinavischen und baltischen Staaten auch Polen und Deutschland mit. Auf der Grundlage von Expertenanhörungen und Stellungnahmen der Regierungen des Ostseeraums sollen zunächst Zwischenergebnisse für die nächste Jahreskonferenz erarbeitet werden. Diese

wird vom 26. bis 28. August 2018 in Mariehamn auf den Åland Inseln stattfinden.

„Bemerkenswert ist für mich, dass es trotz zum Teil ganz unterschiedlicher politischer Grundeinstellungen der Delegationen gelungen ist, Kompromisse zu finden und die Resolution einstimmig zu verabschieden“, lautet das Fazit von Vizepräsidentin **Beate Schlupp**. Für das Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern sei es ein besonderer Erfolg und auch Verpflichtung, dass dem nachhaltigen Tourismus ein so hoher Stellenwert eingeräumt werde und dass der Landtag mit der neuen Berichterstatterin für dieses Thema ein weiteres Sondermandat erhalten habe, so Schlupp. „Ich kann mir vorstellen, dass es für die neue Arbeitsgruppe zu Migration und Integration eine besondere Herausforderung sein wird, sich auf eine gemeinsame Herangehensweise und später auf Schlussfolgerungen und Ergebnisse zu verständigen“, blickt die Vizepräsidentin voraus. Bereits bei der Hamburger Konferenz sei deutlich geworden, dass sich die Positionen der Delegationen deutlich unterscheiden.

Blick über den Tellerrand

Energieausschuss informiert sich in Brüssel

■ Vom 20. bis 22. Juni führte der Energieausschuss eine Informationsreise nach Brüssel durch, um sich über die fachpolitischen Entwicklungen auf europäischer Ebene und ihren Auswirkungen auf das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zu informieren. Zeitweise wurde der Ausschuss von Landesminister Christian Pegel begleitet.

Im Fokus standen energie-, infrastruktur-, verkehrs- sowie raumordnungsrelevante Politikbereiche, die mit Vertretern des Europäischen Parlaments, von Generaldirektionen der Europäischen Kommission, des GdW Bundesverbandes Deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V., des Zentral-



Der Energieausschuss des Landtages bei seiner Brüssel-Exkursion.

Foto: Landtag M-V

verbandes des deutschen Handwerks sowie der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU erörtert wurden. Wichtige Themen waren u.a. die Auswirkungen des Brexit, der Breitbandausbau in ländlichen Regionen, Initiativen zur Förderung alternativer Kraftstoffe und sauberer Fahrzeuge und der Übergang zur emissionsarmen Mobilität. Diskutiert wur-

den auch die energiepolitischen Ziele der EU bis 2030, die deutlich über die sogenannten 20/20/20-Ziele hinausgehen: Senkung der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent gegenüber dem Stand von 1990, Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch um mindestens 27 Prozent sowie Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 27 Prozent.

MV-Abgeordnete im EU-Ausschuss der Regionen



Am 11. Juli wurden die Abgeordneten **Tilo Gundlack** (l.) und **Jochen Schulte** durch den ECOFIN-Rat (Rat der EU für Wirtschaft und Finanzen) als Mitglieder im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) nominiert. Sie wirken in der laufenden AdR-Mandatsperiode (2015-2020) in den Fachkommissionen für natürliche Ressourcen (NAT) und für Wirtschaftspolitik (ECON) mit.

Tilo Gundlack wird voraussichtlich im Oktober an der 125. AdR-Plenartagung in Brüssel teilnehmen.

Der seit 1994 bestehende Ausschuss der Regionen ist die Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der EU. Seine 350 Mitglieder aus allen EU-Mitgliedstaaten haben den Auftrag, die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften und die durch sie vertretene Bevölkerung in den Beschlussfassungsprozess der EU einzubinden und sie über die EU-Politik zu informieren. Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und der Rat sind verpflichtet, den AdR in den für die Städte und Regionen relevanten Politikbereichen anzuhören.

Alleenschutz

Agrarausschuss im Biosphärenreservat Südostrügen

■ Während seiner letzten Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause hat der Agrarausschuss am 6. Juli das Biosphärenreservat Südostrügen besucht. Nach dem UNESCO-Programm „Der Mensch und die Biosphäre“ sollen Biosphärenreservate als Modellregionen für eine nachhaltige Entwicklung einer Region dienen. Im Unterschied zu Nationalparks sind dabei die Ortschaften ausdrücklich mit eingeschlossen. Auf der Tagesordnung des Ausschusses standen dabei Themen wie der Alleenschutz sowie die Zukunft der Stellnetzfisherei.

Nach einer Einführung durch die Amtsleiterin in die Aktivitäten in ihrem Zuständigkeitsbereich haben sich die Abgeordneten während einer kleinen Rundreise ein Bild davon gemacht, wie Alleen das Landschaftsbild im südöstlichen Teil der Insel prägen. Allerdings gibt es vielerorts Probleme bei dem in der Landesverfassung verankerten Alleenschutz. Selbst an zur „Deutschen Alleenstraße“ gehörenden Landesstraßen sind seit Jahren keine Nachpflanzungen mehr vorgenommen worden, oder diese sind in dem bundesrechtlich vorgeschriebenen Abstand zur Fahrbahn erfolgt, was das Erscheinungsbild der Alleen und ihre einstige Funktion – die Beschattung der Straße – entscheidend beeinträchtigt. Als Grund hierfür führte die Straßenbauverwaltung die Gewährleistung der Verkehrssicherheit an. Dass es auch anders geht, zeigen die Kreisstra-



Intakte Allee

Fotos: Sebastian Hoerter



Ehemalige Allee mit Baumverlust

ßen, an denen kontinuierlich in der Linie des Altbestandes nachgepflanzt wurde. Einig waren sich die Ausschussmitglieder darin, den Alleenschutz zum Gegenstand einer gemeinsamen Beratung mit dem Ausschuss für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung zu machen

und dabei auszuloten, inwieweit unter bestimmten Bedingungen Abweichungen vom Technischen Regelwerk „Straßenbau“ für die Nachpflanzung von Alleebäumen möglich sind.

Alleenschutz

Land, Gemeinden und Kreise schützen und pflegen die Landschaft mit ihren Naturschönheiten, Wäldern, Fluren und Alleen, die Binnengewässer und die Küste mit den Haff- und Bodden-gewässern. Der freie Zugang zu ihnen wird gewährleistet.

*Landesverfassung M-V,
Artikel 12 (Umweltschutz), Absatz 2*

Bürgerbeauftragter berichtet im Bildungsausschuss

Am 13. September stellte der Bürgerbeauftragte Matthias Crone im Bildungsausschuss auszugswise seinen Jahresbericht 2016 vor. Rund ein Drittel der Petitionen aus dem Bereich Bildung, Wissenschaft und Kultur betrafen das Thema Schule, hier vor allem die Beförderungssituation der Schülerinnen und Schüler im Land, gefährliche Schulwege und die

engen gesetzlichen Vorgaben bei der Genehmigung für den Besuch einer Schule außerhalb des verbindlichen Einzugsbereiches. Beim Thema Inklusion, zu dem den Bürgerbeauftragten im vergangenen Jahr ebenfalls Petitionen erreichten, forderte Crone zum Handeln mit dem „richtigen Maß“ auf und mahnte insgesamt zu mehr Bürgernähe und Lebenswirklichkeit.



Fotos: Cornelius Kettler

Mehr Gehör für Jugendliche

Sozialausschuss startet Anhörungsreihe

■ Die Anliegen Jugendlicher sollen im Landtag mehr Gehör bekommen. Der Sozialausschuss beschloss am 19. September einstimmig eine Anhörungsreihe zum Thema „Jung sein in M-V“.

Damit wird eine Forderung von „Jugend im Landtag 2016“ erfüllt. Die Teilnehmenden hatten in ihrem Jugendregierungsprogramm eine Enquete-Kommission „Jung sein in M-V“ gefordert – als Pendant zur Enquete-Kommission des Landtages der 6. Wahlperiode „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“. Der Landtag hatte diese Forderung in seiner Plenarsitzung am 6. April 2017 diskutiert. Eine Enquete-Kommission für Jugendthemen fand dabei keine Mehrheit, jedoch wurde der Sozialausschuss beauftragt, sich im Rahmen seiner



Bei dem Projekt „Jugend im Landtag“ hatten im Juni 2016 ca. 100 junge Menschen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern teilgenommen, unter ihnen auch Jannis Eike Reck aus Rostock und Antonia Huhn aus Stralsund.

Sacharbeit mit den Forderungen der Jugendlichen zu befassen.

Die Anhörungen sollen kontinuierlich begleitet werden von zehn Jugendlichen, die mit den elf Abgeordneten des Sozialausschusses und den jeweiligen Sachverständigen zusammen die verschiedenen Themen beraten. Außerdem wird es zwei weitere öffentliche Anhörungen geben, in denen diese zehn Jugendlichen zusammen mit den Abgeordneten die gewonnenen Erkenntnisse auswerten.

Öffentliche Anhörungen

Geplant sind ab 2018 folgende öffentliche Anhörungen:

- 17. 01. 2018 Teilhabe und Mitwirkung von Jugendlichen
- 23. 05. 2018 Übergangsmangement Schule, Bildung und Beruf
- 26. 09. 2018 Medienbildung für junge Leute im Kontext der Digitalisierung
- 05. 12. 2018 Anhörung zur Zwischenauswertung

Weitere Anhörungen im Jahr 2019:

- Mobilität im ländlichen Raum
- Ehrenamt und Erprobungsräume
- Kinderarmut und Chancengleichheit
- Auswertungsanhörung

Baustelle Schloss

Der Plenarsaal ist fertig –
gebaut wird auf der Schlossinsel
trotzdem tüchtig weiter

Baukran abgebaut

■ Auf unserem Titelfoto haben wir den Kran mit dem Computer verschwinden lassen. Das ist seit einigen Tagen nicht mehr nötig – der Kran ist weg! Anfang September hat die Firma Siloco Hamburg den Kran Segment für Segment demontiert.

Nur das Betonfundament vor dem Burgsee Flügel des Schlosses erinnert noch daran, dass mit dem 45-Meter-Riesen mehr als drei Jahre lang alle Lasten für die Sanierung des Schlossgartenflügels und den Plenarsaal-Bau in die oberen Stockwerke gehievt wurden.

Übrigens: Auf YouTube gibt es einen tollen Film vom Aufbau des Krans, der auch tolle Schlossbilder präsentiert.

(Suchbegriff: *Siloco Kranaufbau Schwerin*)

Reparaturen am Hauptturm

■ Seit Ende Juni präsentiert sich der Hauptturm des Schweriner Schlosses „verkleidet“. Grund: Für Maßnahmen der laufenden Bauunterhaltung ist der Turm eingerüstet. Bei den Arbeiten geht es vor allem um Reparaturen am Dach und an den innen liegenden Dachrinnen. Die Bleche haben Risse bekommen, so dass es zu Wassereintritten ins Mauerwerk gekommen ist. Damals hatten Bergsteiger die schlimmsten Stellen abgedichtet. Eine fachgerechte Reparatur können die Dachklempner aber nur über ein Gerüst vornehmen. Bei dieser Gelegenheit werden natürlich auch gleich die Fenster repariert und gestrichen sowie Risse in der Fassade neu verputzt. Wenn alles nach Plan läuft, kann das Gerüst voraussichtlich im Winter abgebaut werden.

Ein völlig gerüstfreies Schloss wird es wohl auch in Zukunft kaum geben: Bei der Größe des Gebäudes ist immer etwas zu reparieren, um die Bausubstanz in gutem Zustand zu erhalten.



Stück für Stück wird der Baukran für den Abtransport in Einzelteilen zerlegt.

Fotos: Uwe Sinnecker

Foto: Cornelius Kettler



Tonnenschwere Gegengewichte haben dafür gesorgt, dass der Kran selbst bei Sturm sicher stand. Jetzt haben sie ihre Pflicht getan.



Schäden an Dach und Fassade des 70 Meter hohen Hauptturms des Schlosses werden ausgebessert.



Eine riesige Plane wirbt im Schlosshof für die Schlossfestspiele 2018 des Schweriner Theaters.

Foto: Cornelius Kettler

Sanierung Kirchgang

■ Ein Baugerüst verhüllt noch eine ganze Weile die Hoffassade des Burggartenflügels. Unter der Regie des Landesbetriebes für Bau und Liegenschaften (BBL) wird der Kirchgang statisch gesichert und restauriert. Schlaue Köpfe haben aus der Not eine Tugend gemacht und das Gerüst kurzerhand zur Riesen-Werbefläche umfunktioniert. Geworben wird für Kultur: nämlich die Schlossfestspiele 2018 des Mecklenburgischen Staatstheaters. Auf der traditionellen Spielfläche Alter Garten ist vom 22. Juni bis 28. Juli die Puccini-Oper „Tosca“ zu erleben. Neu hinzu kommt – von vielen herbeigesehnt – als zweite Spielstätte endlich wieder der Schloss-Innenhof. Vom 30. Juni bis 21. Juli lockt Theaterintendant Lars Tietje mit dem Schauspiel nach Bram Stoker „Dracula“ ins historische Ambiente und verspricht: „Alte Schlösser, übernatürliche Erscheinungen und bekannte Elemente aus Vampirsagen trafen nicht nur im 19. Jahrhundert auf die Lust am Schaudern, sondern laden auch heute noch zu einem unvergesslichen Sommertheater-Erlebnis ein!“



Foto: Landtag M-V

Der Schlosshof wird originalgetreu gepflastert.

Pflasterung Innenhof

■ Eine weitere große Baumaßnahme ist die Pflasterung des Innenhofes. Nach Fertigstellung der Versorgungsstrasse für den neuen Plenarsaal erhält der Hof anhand von alten Unterlagen und Archivfotos sein

endgültiges Pflaster. Die Arbeiten erfolgen abschnittsweise, sodass Kirche und Landtagsbistro durchgängig erreichbar sind. Aus Sicherheitsgründen kann der Innenhof in der Bauzeit, die bis zum Frühjahr 2018 kalkuliert ist, am Wochenende leider nicht für Besucher geöffnet werden.

Foto: Claudia Gaschler



Dieses Foto entstand Ende Juni bei dem Beteiligungsprojekt „Jugend fragt nach“.

Alle Abgeordneten-Stühle versteigert

■ Mit Ende der letzten Landtagssitzung im alten Plenarsaal war auch das Schicksal der Abgeordneten-Stühle besiegelt. Auf dem Müll gelandet sind sie aber nicht – der Landtag hat sie mit Erfolg versteigert. Drei bereits beim Sommerfest des Landtages, und auch die restlichen der insgesamt 71 Stühle haben viele Bieter und letztlich ihre Besitzer gefunden. Das Mindestgebot lag bei zehn Euro, viele der Bieter haben aber tiefer in die Tasche gegriffen und sogar über 300 Euro für einen Stuhl geboten. Insgesamt hat die Auktion rund

4.600 Euro erbracht, die der Arbeit des überparteilichen und landesweiten Bündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ zugutekommen werden. Das Bündnis wurde Anfang 2008 auf Initiative der Vereinigung der Unternehmensverbände, des DGB, der evangelischen und katholischen Kirchen sowie der Landtagspräsidentin als Vertreterin aller demokratischen Fraktionen ins Leben gerufen. Es will zu gesellschaftlichem Engagement sowie inhaltlicher Auseinandersetzung mit Rassismus und Extremismus anregen.



Noch vor der feierlichen Eröffnung des neuen Plenarsaals nutzten am 23. September Hunderte Besucher die Chance, sich den modernen Sitzungssaal des Landtages anzuschauen.



Foto: Landtag M-V

Der alte Plenarsaal wird umgebaut.

Baustelle alter Plenarsaal

■ So sieht der alte Plenarsaal im Moment aus. Gleich nach der letzten Plenarsitzung vor der Sommerpause hat der Umbau begonnen. Erste Bestandsuntersuchungen haben u.a. auch statische Probleme zutage gefördert. Hier entstehen drei neue Räume – einer für die Landespressekonferenz, die anderen beiden als zusätzliche Beratungsräume. Die Holzverkleidung aus den 1980er-Jahren hinter dem früheren Präsidium bleibt erhalten und wird den größeren neuen Raum schmücken.



Fotos: Uwe Sinnecker

Bei einem Baustellenfest bedankte sich Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider bei den über 50 Firmen, die am Bau des neuen Plenarsaals beteiligt waren.

Über die feierliche Eröffnung des neuen Plenarsaals am 26. September, bei der Bundestags-Präsident Dr. Norbert Lammert die Festrede hielt, berichten wir in der Oktober-Ausgabe der Landtagsnachrichten.



Am 18. Juni besuchte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier auch den Landtag und wurde hier von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (Mitte) und ihrer Stellvertreterin Beate Schlupp begrüßt. Bei seiner Deutschlandreise machten das neue Staatsoberhaupt und seine Gattin Elke Büdenbender zwei Tage Station in Mecklenburg-Vorpommern, trafen hier auch Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und weitere Mitglieder der Landesregierung. Im Anschluss an die Gespräche in der Landeshauptstadt reiste Steinmeier weiter nach Rostock sowie zu Terminen im Landesteil Vorpommern.

Wenn die Damen vom amtierenden deutschen Volleyball-Meister SSC Palmberg Schwerin in die neue Bundesliga-Saison starten, ist das Schweriner Schloss mit dabei: Erstmals zielt das Wahrzeichen der Landeshauptstadt das Trikot der Schweriner Schmetterlinge. Beim Drachenboot-Festival am letzten Augustwochenende präsentierten die beiden neuen Libera Elisa Lohmann (l.) und Luna Carozzi die SSC-Trikots der Öffentlichkeit.

Die Präsidentin des Landtages und des Tourismusverbandes M-V Sylvia Bretschneider nahm am 27. Wirtschaftsforum in Krynica-Zdrój (Polen) teil. In einer Podiumsdiskussion, in der es um den Einfluss des Images von Ländern und Regionen auf die touristische und wirtschaftliche Entwicklung ging, warb sie für Mecklenburg-Vorpommern als beliebtestes Urlaubsland der Deutschen, stellte das Land aber auch als attraktiven Wirtschaftsstandort vor. Das größte Netzwerktreffen der Wirtschaft Osteuropas mit mehreren tausend Teilnehmern findet seit 1991 jährlich Anfang September statt. Das Forum richtet sich an Global Player der Wirtschaft, Politiker, Wissenschaftler sowie Vertreter von Medien und NGOs. Es gilt als die bedeutendste Wirtschaftskonferenz Osteuropas. In diesem Jahr stand die Konferenz unter dem Motto: „Project Europe – what recipe for the next decade?“

Am 28. und 29. August tagte die Arbeitsgruppe „Zukunft der Demokratie im digitalen Raum“ der Direktorinnen und Direktoren der deutschen Landesparlamente, beim Deutschen Bundestag und des Bundesrates im Schweriner Schloss. Die leitenden Vertreter von zwölf Parlamentsverwaltungen tauschten sich insbesondere zur Nutzung so genannter Sozialer Medien wie Facebook und Twitter durch Parlamente aus. Rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Nutzung von WhatsApp sowie die Darstellung von Parlamenten in der Online-Enzyklopädie Wikipedia kamen ebenso zur Sprache. Zum Programm gehörte natürlich auch ein Blick in die Baustelle des neuen Plenarsaals, wo Landtagsdirektor Armin Tebben die Gestaltungsidee sowie den Stand der Arbeiten erläuterte.

Foto: Landtag M-V

